

Niedersächsisches Ministerium
für Inneres und Sport
- Verfassungsschutz -

ANTISEMITISMUS IM EXTREMISTISCHEN SPEKTRUM

Symposium des Niedersächsischen Verfassungsschutzes

9. Juli 2014, Altes Rathaus, Hannover



Niedersachsen

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung	4
Tagungsprogramm.....	5
Kurzbiografien der Referierenden und Podiumsteilnehmenden.....	6
Eröffnung und Begrüßung	11
<i>Maren Brandenburger, Präsidentin des Niedersächsischen Verfassungsschutzes</i>	
Eröffnungsrede beim Symposium „Antisemitismus im extremistischen Spektrum“	15
<i>Boris Pistorius, Niedersächsischer Minister für Inneres und Sport</i>	
Antisemitismus als Feindschaft gegen Juden als Juden	21
<i>Prof. Dr. Armin Pfahl-Traughber, Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, Brühl</i>	
Antisemitismus im Rechtsextremismus.....	38
<i>Wolfgang Freter, Referatsleiter Rechtsextremismus, Niedersächsischer Verfassungsschutz</i>	
Importierte Verachtung oder islamisierter Antisemitismus.....	54
<i>Lamya Kaddor, Islamwissenschaftlerin, Islamische Religionspädagogin und Autorin</i>	
Antisemitismus im Linksextremismus	56
<i>Prof. Dr. Micha Brumlik, Erziehungswissenschaftler und Publizist, Zentrum für Jüdische Studien Berlin-Brandenburg</i>	

VORBEMERKUNG

Theodor W. Adorno bezeichnete den Antisemitismus als das Gerücht über die Juden. Hannah Arendt schrieb unter dem Eindruck des Holocausts: „Vor dem Antisemitismus ist man nur noch auf dem Monde sicher“. Auch siebenzig Jahre danach sind antisemitische Einstellungen in der Gesellschaft weit verbreitet.

Extremisten können hieran anknüpfen. Vor diesem Hintergrund vermittelt das 8. Symposium des Niedersächsischen Verfassungsschutzes einen Überblick über Formen des Antisemitismus im politischen Extremismus und fragt, was sich in den letzten Jahrzehnten verändert hat.

- Verlagert sich die rechtsextremistische Judenfeindschaft auf den sekundären Antisemitismus?
- Verbirgt sich hinter überzogener linksextremistischer Kritik an Israel womöglich ein kaschierter Antisemitismus?
- Welche Gefahren resultieren aus der islamistisch begründeten Judenfeindschaft?

Das sind nur einige Fragen, denen die Referentinnen und Referenten nachgehen werden.

Egal in welcher Form: der Antisemitismus verunglimpft und erniedrigt Menschen jüdischen Glaubens. Er vergiftet die Gesellschaft.

In einer abschließenden Podiumsdiskussion sollen deshalb Wege aufgezeigt werden, wie dem Antisemitismus durch staatliches und zivilgesellschaftliches Handeln begegnet werden kann.

TAGUNGSPROGRAMM

9.30 Uhr **Come together**

10.00 Uhr **Eröffnung und Begrüßung**

Boris Pistorius,

Niedersächsischer Minister für Inneres und Sport

Maren Brandenburger,

Niedersächsische Verfassungsschutzpräsidentin

10.30 Uhr **Antisemitismus als Feindschaft
gegen Juden als Juden**

Prof. Dr. Armin Pfahl-Traughber,

Fachhochschule des Bundes für öffentliche

Verwaltung, Brühl

11.15 Uhr **Antisemitismus im Rechtsextremismus**

Wolfgang Freter,

Referatsleiter Rechtsextremismus,

Niedersächsischer Verfassungsschutz

12.00 Uhr **Importierte Verachtung oder
islamisierte Antisemitismus**

Lamya Kaddor, Islamwissenschaftlerin,

Islamische Religionspädagogin und Autorin

12.45 Uhr **Mittagspause**

13.30 Uhr **Beitrag der jüdischen Kultur für das
europäische Erbe**

Prof. Andor Izsák, Direktor a. D. des Europ.

Zentrums für jüdische Musik, Ehrenpräsident

der Siegmund-Seligmann-Stiftung

14.15 Uhr **Antisemitismus im Linksextremismus**

Prof. Dr. Micha Brumlik, Erziehungswissenschaft

ler und Publizist, Zentrum für Jüdische Studien

Berlin-Brandenburg

15.00 Uhr **Podiumsdiskussion**

**Die Verantwortung von Staat und
Gesellschaft in der Bekämpfung
des Antisemitismus**

- Dr. Ingrid Spieckermann, Landessuperintenden-
tentin der ev.-luth. Landeskirche Hannovers

- Aycan Demirel, Kreuzberger Initiative gegen
Antisemitismus (KlgA e. V.)

- Abdullah Leonhard Borek, Deutsche
Muslim-Liga e. V.

- Katarina Seidler, Landesvorsitzende der
Israelitischen Kultusgemeinden von
Niedersachsen

- Prof. Dr. Micha Brumlik, Zentrum für
Jüdische Studien Berlin-Brandenburg

16.00 Uhr **Schlusswort**

Maren Brandenburger,

Niedersächsische Verfassungsschutzpräsidentin

Tagungsmoderation:

- Horst Lahmann,

Niedersächsischer Verfassungsschutz

- Daniela Schlicht,

Niedersächsischer Verfassungsschutz

KURZBIOGRAFIEN DER REFERIERENDEN UND PODIUMSTEILNEHMENDEN

Boris Pistorius

Geboren 1960 in Osnabrück. Studium der Rechtswissenschaften an den Universitäten Osnabrück und Münster. Seit Januar 1991 in verschiedenen Bereichen der Niedersächsischen Landesverwaltung tätig, zuletzt von September 2002 bis September 2006 als Leiter der Abteilung Schulen und Sport bei der Bezirksregierung Weser-Ems. Mitglied des Rates der Stadt Osnabrück von 1996 bis 2013, von 2006 bis 2013 Oberbürgermeister der Stadt Osnabrück. Seit März 2013 ist Pistorius Niedersächsischer Minister für Inneres und Sport und Vorsitzender der Innenministerkonferenz (IMK).

Maren Brandenburger

Geboren 1968 in Kiel. Studium der Politikwissenschaften und Geschichte (M.A.) an der Leibniz-Universität Hannover. Ab 1996 als wissenschaftliche Mitarbeiterin in unterschiedlichen Arbeitsbereichen des politischen Extremismus/Terrorismus tätig. Von 2003 bis 2013 war sie Pressesprecherin der Niedersächsischen Verfassungsschutzbehörde. Seit Februar 2013 ist sie Präsidentin der Niedersächsischen Verfassungsschutzbehörde.

Armin Pfahl-Traughber

Geboren 1963 in Schwalmstadt. Studium der Politikwissenschaften und Soziologie an der Gerhard-Mercator-Universität Duisburg und der Philipps-Universität Marburg. Nach seiner Promotion war er ab 1994 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bundesamt für Verfassungsschutz. Seit 2004 ist er Professor an der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung im rheinischen Brühl. Außerdem ist er seit 2007 Lehrbeauftragter an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen u. a. die politische Ideengeschichte, der politische Extremismus, Terrorismus und der Antisemitismus. Armin Pfahl-Traughber publiziert seit Anfang der 1990er Jahre regelmäßig in verschiedenen Jahrbüchern, Zeitungen und Zeitschriften wie Aus Politik und Zeitgeschichte, Blick nach rechts, den DÖW Mitteilungen, dem Jahrbuch Extremismus und Demokratie, dem Jahrbuch für öffentliche Sicherheit, Kommune, Mut, Das Parlament und Tribüne. Seit 2008 gibt er zudem das Jahrbuch

für Extremismus- und Terrorismusforschung heraus. Seit 2010 gehört er dem Unabhängigen Expertenkreis Antisemitismus des Deutschen Bundestages an und ist seit 2013 Mitglied im Beirat des Bündnisses für Demokratie und Toleranz.

Wolfgang Freter

Geboren 1957 in Hannover. Studium der Politikwissenschaften, Soziologie und Neueren Geschichte an der Leibniz-Universität Hannover. Anschließend Tätigkeiten als wissenschaftlicher Mitarbeiter am dortigen Institut für Politische Wissenschaft und für eine außeruniversitäre Forschungseinrichtung über die Staaten des Nahen und Mittleren Ostens. Seit 1996 als wissenschaftlicher Mitarbeiter in unterschiedlichen Arbeitsbereichen des politischen Extremismus/Terrorismus tätig (u. a. Islamismus, Rechtsextremismus). Von 2002 bis 2014 Leiter des Referatsteils Rechtsextremismus/Rechtsterrorismus. Seit 2014 Referatsleiter des Fachbereiches Rechtsextremismus/Rechtsterrorismus und Präventionsarbeit in der Niedersächsischen Verfassungsschutzbehörde.

Lamya Kaddor

Geboren 1978 im westfälischen Ahlen als Tochter syrischer Einwanderer. Studium der Arabistik und Islamwissenschaft, Erziehungswissenschaft und Komparatistik (M. A.) an der Universität Münster. Im Moment beschäftigt sie sich wissenschaftlich mit dem Leben muslimischer Schüler in Deutschland. Sie hat regelmäßig Lehraufträge inne und hat seit dem Wintersemester 2013/2014 einen Lehrauftrag zum Thema „Muslimisches Leben in Deutschland“ an der Fachhochschule Münster (FB Soziale Arbeit) inne. Von 2004 bis 2008 bildete sie an der Universität Münster islamische Religionslehrer aus und vertrat dort zwischen Juli 2007 und März 2008 die Aufgaben der Professur „Islamische Religionspädagogik“. Seit dem Schuljahr 2003/2004 ist sie als Lehrerin im Rahmen des nordrhein-westfälischen Schulversuchs „Islamkunde in deutscher Sprache“ in Dinslaken tätig. Lamya Kaddor ist als Autorin und Publizistin tätig und berät die Politik in Fragen der Integration und des Islams. Sie gehört zu den muslimischen SprecherInnen für das deutschlandweit erste muslimische Wort im öffentlich-rechtlichen Fernsehen, dem sogenannten „Forum am Freitag“ des ZDF (www.forumamfreitag.zdf.de). Sie ist erste Vorsitzende des Liberal-Islamischen Bundes e. V. (www.lib-ev.de). Von der paneuropäischen Organisation CEDAR wurde sie als eine der zehn European Muslim Women of Influence 2010 ausgezeichnet. Zudem ist sie Trägerin der „Integrationsmedaille der Bundesregierung“.

Ihre neueste Veröffentlichung heißt „So fremd und doch so nah. Muslime und Juden in Deutschland.“ Es handelt sich dabei um einen Dialogband, den sie gemeinsam mit Michael Rubinstein, dem Geschäftsführer der Jüdischen Gemeinde zu Duisburg geschrieben hat.

Direktor a. D. Prof. Andor Izsák

Geboren 1944 in Budapest. Studium an der dortigen Franz-Liszt-Musikhochschule. Bereits zu Studienzeiten war er Organist an der Budapester Dohány-Synagoge, der größten Synagoge Europas. Hier gründete er im Jahr 1962 gemeinsam mit dem Kantor Marcel Lorand den Lewandowski-Chor, das erste Ensemble, das nach dem Holocaust wieder synagogale Musik zu Gehör brachte. Nach langjähriger Tätigkeit als Dozent am Béla-Bartók-Konservatorium und an der legendären Fodor-Musikschule sowie als Chor- und Operndirigent siedelte Andor Izsák nach Deutschland über. Aus der intensiven Beschäftigung mit jüdischer Musik (Kompositionstätigkeit, Lehre, Forschung und Aufführungen mit namhaften Vertretern der synagogalen Musik aus aller Welt) ging 1988 das Europäische Zentrum für Jüdische Musik hervor, das seit 1992 ein Institut der Hochschule für Musik, Theater und Medien Hannover ist. 2003 wurde Andor Izsák auf die Professur für Synagogale Musik berufen. Im Jahr 2002 wurde Andor Izsák mit dem Großen Verdienstkreuz des Niedersächsischen Verdienstordens ausgezeichnet. Im Jahr 2007 erhielt er den Ehrenpreis der Stiftung Bibel und Kultur für sein Lebenswerk. 2012 wurde ihm der Yuval Award für sein Lebenswerk von der Cantors Assembly verliehen, der größten Vereinigung jüdischer Kantoren in der Welt. Er ist Ehrenpräsident der Siegmund Seligmann-Stiftung und der Siegmund-Seligmann-Gesellschaft. Über sein Leben ist eine von Dr. Arno Beyer, dem stellvertretenden Intendanten des NDR, geschriebene Biographie mit dem Titel „Andor der Spielmann – ein jüdisches Musikerleben“ erschienen.

Micha Brumlik

Geboren 1947 in Davos. Emeritierter Professor am Institut für Allgemeine Erziehungswissenschaft der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt/M. Von 2000 bis 2005 Leiter des Fritz-Bauer-Institut Frankfurt/M, Studien- und Dokumentationszentrum zur Geschichte des Holocaust und seiner Wirkung. Von 1989 bis 2001 Stadtverordneter der GRÜNEN in Frankfurt/M. Seit 2013 ist er Senior Professor am Zentrum Jüdische Studien Berlin/Brandenburg. Micha Brumlik ist Mitherausgeber der „Blätter für deutsche und internationale Politik“ und Autor und regelmäßiger Kolumnist der taz : „Gott und die

Welt“. Seine letzten Buchpublikationen: „Innerlich beschnittene Juden“, Verlag: Konkret Literatur Verlag, 2012; „Messianisches Licht und menschliche Würde. Politische Theorie aus den Quellen des Judentums“, Baden-Baden 2013. Weitere Information: michabrumlik.de.

Dr. Ingrid Spieckermann

Geboren 1951 in Nordhorn. Seit 2000 Landessuperintendentin (Regionalbischöfin) des Sprengels Hannover (550.000 Mitglieder) der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers. Zuvor war sie von 1986 bis 1989 als Pastorin tätig, wurde 1989 Oberkirchenrätin und 1992 Oberlandeskirchenrätin im Landeskirchenamt der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers. Von 1990 bis 2002 war sie Mitglied der Synode der EKD, bis 2003 Mitglied der Kammer für Öffentlichkeit der EKD und in den Jahren 1989-1991/2004-2010 Mitglied der Kammer für Theologie der EKD. Dr. Ingrid Spieckermann engagiert sich insbesondere in Dialogfragen zwischen Kirche und Politik, Kirche und Gesellschaft, Kirche und Kultur, Kirche und Religionen.

Aycan Demirel

Mitbegründer der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus und Vorsitzender des Trägervereins KIgA e.V. Er hat Geschichte, Politik und Publizistik in Berlin studiert. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen in den Themenbereichen Antisemitismus, Islamismus und Islamfeindlichkeit in der Einwanderungsgesellschaft sowie Gesellschaft und Politik in der Türkei, wobei hier die Auseinandersetzung um Islamismus und Antisemitismus im Vordergrund steht. Seit der Gründung der Initiative hat Aycan Demirel in verschiedenen Projekten im Bereich der Jugend- und Erwachsenenbildung gearbeitet. Zuletzt hat er das Bundesmodellprojekt „Präventive Bildungsprozesse zum Islamismus in der Schule gestalten“ geleitet, das durch Mittel aus dem Bundesprogramm „Initiative Demokratie stärken“ sowie aus Mitteln der Deutschen Islam Konferenz gefördert wurde. An der wissenschaftlichen Debatte um eine zeitgemäße Bildungsarbeit gegen Antisemitismus und Islamismus hat er sich mit zahlreichen Vorträgen und Aufsätzen beteiligt. Im August 2009 wurde Demirel als Mitglied des unabhängigen Expertengremiums des Deutschen Bundestages zur Bekämpfung des Antisemitismus berufen.

Abdullah Borek

Mitbegründer der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus und Vorsitzender des Trägervereins KlgA e.V. Er hat Geschichte, Politik und Publizistik in Berlin studiert. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen in den Themenbereichen Antisemitismus, Islamismus und Islamfeindlichkeit in der Einwanderungsgesellschaft sowie Gesellschaft und Politik in der Türkei, wobei hier die Auseinandersetzung um Islamismus und Antisemitismus im Vordergrund steht. Seit der Gründung der Initiative hat Aycan Demirel in verschiedenen Projekten im Bereich der Jugend- und Erwachsenenbildung gearbeitet. Zuletzt hat er das Bundesmodellprojekt „Präventive Bildungsprozesse zum Islamismus in der Schule gestalten“ geleitet, das durch Mittel aus dem Bundesprogramm „Initiative Demokratie stärken“ sowie aus Mitteln der Deutschen Islam Konferenz gefördert wurde. An der wissenschaftlichen Debatte um eine zeitgemäße Bildungsarbeit gegen Antisemitismus und Islamismus hat er sich mit zahlreichen Vorträgen und Aufsätzen beteiligt. Im August 2009 wurde Demirel als Mitglied des unabhängigen Expertengremiums des Deutschen Bundestages zur Bekämpfung des Antisemitismus berufen.

Katarina Seidler

Geboren 1954 in Hannover. Katarina Seidler arbeitet als Rechtsanwältin in Hannover, sie ist verheiratet und hat zwei Kinder. Sie ist Mitbegründerin der 1995 gegründeten Liberalen Jüdischen Gemeinde Hannover K.d.ö.R. Seit Gründung im Jahr 1997 ist sie Vorsitzende des Landesverbandes der Israelitischen Kulturgemeinden von Niedersachsen K.d.ö.R und Mitbegründerin und langjährige stellvertretende Vorsitzende der Union Progressiver Juden in Deutschland. In zahlreichen weiteren Gremien setzt sich Katarina Seidler für die Förderung jüdischer Kultur und den christlich-jüdischen Dialog ein, u. a. als Mitglied des Direktoriums des Zentralrates der Juden in Deutschland K.d.ö.R., als Vorstandsmitglied des Ernst Ludwig Ehrlich Studienwerkes (Berlin) für Jüdische Begabtenförderung, als Beiratsmitglied der Leo Baeck Foundation (Berlin) für die Förderung der Ausbildung von liberalen Rabbinern am Abraham Geiger Kolleg und als Mitglied im Stiftungsbeirat der Internationalen Martin Buber-Stiftung zur Koordinierung des internationalen Christlich-Jüdischen Dialogs.

ERÖFFNUNG UND BEGRÜSSUNG

*Maren Brandenburger,
Präsidentin des Niedersächsischen
Verfassungsschutzes*

Ein herzliches Willkommen bei der Veranstaltung des 8. Symposiums des Niedersächsischen Verfassungsschutzes zum Thema „Antisemitismus im extremistischen Spektrum“.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lieber Innenminister Boris Pistorius, ich freue mich sehr, dass Sie so zahlreich zu unserer Veranstaltung heute gekommen sind. Wenn ich das richtig überblickt habe, haben wir etwa einhundert-siebzig Anmeldungen.

Abgeordnete des Bundestages, Abgeordnete des Niedersächsischen Landtages, Vertreter verschiedener gesellschaftlicher Gruppen, religiöser Vereinigungen, aber eben auch viele Kolleginnen und Kollegen der Verfassungsschutzbehörden der anderen Länder. Das zeigt eine bunte Mischung unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen, die sich mit diesem wichtigen Thema auseinandersetzen wollen.

Als wir dieses Symposium planten, geschah dies ganz direkt unter dem Eindruck eines Besuches von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Verfassungsschutzes bei der Liberalen Jüdischen Gemeinde in Hannover-Leinhausen. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erfuhren dort vieles über die jüdische Religion, über die Schwierigkeiten, ein jüdisches Gemeindeleben in Deutschland unter ungünstigen Rahmenbedingungen zu gestalten. Sie wurden aber auch – und das war sehr eindrücklich – mit den Schmähungen und Drohungen konfrontiert, denen die Gemeindeangehörigen immer wieder ausgesetzt sind. Zum Selbstschutz musste die Jüdische Gemeinde aufwändige, technische Sicherheitsvorkehrungen treffen, als sie die damalige Kirche zur Synagoge umbaute. Bei Gemeindeveranstaltungen kann auf die Anwesenheit von Polizei nicht verzichtet werden. Das alles stellt für die Betroffenen natürlich eine große Belastung dar und darf nicht hingegenommen werden. Unter diesem Eindruck



standen wir, als wir dieses Symposium planten. Grund genug also, dieses Symposium dem Thema Antisemitismus zu widmen. Es war ein langer Prozess bis die Gesellschaft bereit war, den Holocaust als verpflichtendes, historisches Erbe überhaupt nur zu betrachten. Sie erinnern sich alle noch an die amerikanische TV-Serie Ende der siebziger Jahre über eine verfolgte jüdische Familie, die in den Leserbriefen und in den Medien eine hitzige Diskussion entfachte. Sie erinnern sie noch an die antisemitischen Tiraden, die es daraufhin in den öffentlichen Diskursen gab. Eines hat sich damals aber dennoch geändert: Die Haltung zum Thema Holocaust. Die Haltung in der Gesellschaft zum Thema Antisemitismus. Erst 1996 wurde der 27. Januar, der Tag der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz, zum gesetzlichen Gedenktag. Aber immer noch sind judenfeindliche Einstellungen weiterhin in erschreckender Größenordnung in der Gesellschaft verankert, in der Bevölkerung verbreitet. Auch im sich modernisierenden Rechtsextremismus, also in dem aktuellen Rechtsextremismus, wirkt dieser Ungeist der nationalsozialistischen, antisemitischen Haltung immer noch fort – als ideologische Konstante kann man sagen, bis hin zu Tötungsfantasien in der rechtsextremistischen Musik. Die Problemlage in den letzten Jahrzehnten ist aber nicht eben einfacher geworden, sondern noch komplexer und auch darum soll es heute bei dem Symposium gehen. Wenn wir heute über Antisemitismus sprechen und über Judenfeindschaft diskutieren, dann tun wir das unter den Rahmenbedingungen einer Einwanderungsgesellschaft. Konkret stehen wir vor dem Problem, inwieweit der Nahostkonflikt und die kriegerischen Auseinandersetzungen des Staates Israel mit den Nachbarn, mit den benachbarten Arabischen Staaten, inwieweit diese Auseinandersetzungen in die deutsche Gesellschaft hineinwirken. Inwieweit ein judenfeindliches Klima durch diese kriegerischen Auseinandersetzungen hier bei uns geschaffen wird und vor allem wie in möglicherweise politisch instrumentalisierender Form Gruppen, extremistische Gruppen, diese judenfeindliche Haltung hier für sich instrumentalisieren.

Auf die Inhalte des Symposiums will ich hier an dieser Stelle gar nicht weiter eingehen. Wir werden eine Reihe von interessanten Vorträgen dazu hören. Aber lassen sie mich ganz kurz etwas zum Selbstverständnis des Niedersächsischen Verfassungsschutzes in diesem Zusammenhang sagen:

Wir stehen unter einem Wandlungsprozess in der Gesellschaft insgesamt. In den Extremismusspielarten. Damit verändern sich alle Extremismen. Wenn wir dem gerecht werden wollen, wenn wir dem Anspruch eines Frühwarnsystems als Verfassungsschutz gerecht werden wollen, heißt das, dass wir diese Veränderungsprozesse sehr früh wahrnehmen müssen. Dass wir Entwicklungen in der Gesellschaft wahrnehmen

müssen, dass wir auch ideologische Konstanten wahrnehmen müssen, die sich in allen Extremismusspielarten immer wieder finden lassen – nämlich in diesem Beispiel der Antisemitismus und wir dürfen es nicht so handhaben, dass der Verfassungsschutz nach dem Motto lebt: einmal Beobachtungsobjekt, immer Beobachtungsobjekt. Nein, wir müssen diese Veränderungen in der Gesellschaft immer frühzeitig erkennen.

Noch ein weiterer Punkt ist mir wichtig: das Thema Meinungspluralismus. Nun sind wir als Verfassungsschutzbehörde die Fachbehörde, die politischen Extremismus zu analysieren hat, ihn zu bekämpfen hat und auch geeignete Maßnahmen zu ergreifen hat. Wir sind aber mitnichten das Monopol in der Interpretation des Extremismus. Auch der Verfassungsschutz muss sich mit seinen Erkenntnissen dem Deutungsstreit stellen. Dem Diskurs stellen. Und das wollen wir unter anderem heute und hier tun. Man muss bereit sein, zu diskutieren und auch sich gegebenenfalls zu korrigieren. Ich weiß, dass diese Frage diskutiert wird, ob eine Verfassungsschutzbehörde öffentlich sagen darf, auch wir müssen uns korrigieren. Ich tue das dennoch hier und zwar ganz bewusst. Auch eine Verfassungsschutzbehörde muss bereit sein, sich dem Diskurs zu stellen und sich in seinen Bewertungen zu korrigieren. Und auch dazu dienen solche Veranstaltungen wie heute hier.

Der Begriff Prävention wird auch viel diskutiert. Wir, ich will es ganz kurz sagen, stehen für den Begriff Prävention. Wir wollen uns als Verfassungsschutzbehörde mit unserem Angebot an die Öffentlichkeit richten, an die Zivilgesellschaft, und wollen unsere Erkenntnisse der Zivilgesellschaft, der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen. Wir sind nicht diejenigen, die primär Prävention betreiben, wir stellen uns aber in den Diskurs und stellen uns mit unseren Erkenntnissen in den Dienst der Sache sozusagen. Wir wollen die Gefährdungen der Demokratie beschreiben und anderen Institutionen die Möglichkeit geben, mit unseren Erkenntnissen weiter zu arbeiten.

Die Reihe unserer Symposien, denn dies ist nur eins von vielen, werden wir am 16. Oktober in Helmstedt fortsetzen. Dort werden wir uns zum Beispiel mit der Frage beschäftigen, ob und inwieweit die DDR 25 Jahre nach dem Mauerfall im deutschen Linksextremismus nach wie vor fortwirkt, ideologisch. Sie sind auch dazu herzlich eingeladen, um auch dort wieder mit uns über dieses Thema zu diskutieren. Hinweisen möchte ich auch noch auf unsere neue Ausstellung „Gemeinsam gegen Rechts-Extremismus“, die in den bisherigen Ausstellungsstandorten Hannover, Göttingen, Wilhelmshaven und jetzt zuletzt in Wolfsburg auf eine sehr positive Resonanz gestoßen ist. Und hier zeigt sich auch unser Präventionsverständnis: ein umfangreiches

Begleitprogramm ist Bestandteil der Ausstellung und im Rahmen dieses Begleitprogramms wollen wir mit verschiedenen zivilgesellschaftlichen Akteuren vor Ort in den Diskurs kommen, über die Entwicklung im Rechtsextremismus. Darüber hinaus planen wir noch eine Reihe von weiteren Veranstaltungsformaten, kleinere Streitgespräche zu unterschiedlichen aktuellen Themen des Extremismus.

Sie sehen also, wir wollen als Verfassungsschutzbehörde über alle Themen, die uns berühren, zu denen wir auch gesetzlich verpflichtet sind, uns darum zu kümmern, mit Ihnen diskutieren - im Austausch.

Eine Veranstaltung wie heute hier ist auch nicht ganz unumstritten. Ich gebe zu, die Zusammenstellung des Themas Antisemitismus in allen drei Extremismusspielarten mag für den Einen oder Anderen sonderbar anmuten. Wir haben im Vorfeld auch schon die eine oder andere Reaktion darauf gehört. Wir sind aber überzeugt davon, dass das der einzige Weg ist, so diskursiv das Ganze anzugehen. Wir müssen den Antisemitismus in allen Extremismusspielarten beleuchten, um ihn auch verstehen zu können.

Wir haben eine Reihe von sehr interessanten Vorträgen heute zu erwarten. Die Moderation des Tages werden die beiden Kollegen aus der Verfassungsschutzbehörde, Daniela Schlicht und Horst Lahmann, übernehmen. Sie werden Ihnen gleich die einzelnen Referenten auch noch vorstellen. Ein besonderes Moment heute ist sicherlich auch noch der musikalische Beitrag von Professor Andor Izsák, der etwas später kommen wird. Der ehemalige Direktor des europäischen Zentrums für jüdische Musik, der hier in Hannover über die Darstellung des kulturellen Erbes der jüdischen Kultur in den Diskurs gekommen ist und viel versucht hat, auch aktuelles, jüdisches Leben über die Kultur darzustellen. Auch das soll heute einer von vielen Beiträgen zu diesem Symposium sein.

Ich wünsche Ihnen eine spannende Veranstaltung und hoffe auf eine rege Diskussion.

ERÖFFNUNGSREDE BEIM SYMPOSIUM „ANTISEMITISMUS IM EXTREMISTISCHEN SPEKTRUM“

*Boris Pistorius, Niedersächsischer
Minister für Inneres und Sport*

Sehr geehrte Frau Brandenburger, sehr geehrter Herr Vizepräsident des Niedersächsischen Landtages, lieber Klaus-Peter Bachmann, Frau Piel und alle anderen anwesenden Abgeordneten des Niedersächsischen Landtags.

Ich begrüße ebenfalls Herrn Günay, den türkischen Generalkonsul, ich freue mich, dass Sie da sind. Ich freue mich, dass Sie zusammen mit vielen, vielen anderen Interessierten heute hier zusammen gekommen sind zu einem Symposium, der, wie ich finde, inhaltlich besonderen Art.



Ich begrüße Sie also sehr herzlich zu diesem Symposium und ich freue mich, genauso wie Frau Brandenburger, über ihr zahlreiches Erscheinen, dass dem Thema als solches – Antisemitismus im extremistischen Spektrum – Rechnung trägt. Mit dem Titel der heutigen Veranstaltung nähern wir uns dem Thema in einer Form, wie es wahrscheinlich in dieser Form noch nicht geschehen ist, zumindest nicht innerhalb einer Veranstaltung.

Wir beschäftigen uns heute mit dem sensiblen Thema Antisemitismus. Dieses Thema begleitet und beschäftigt die Menschheit seit mehr als zweitausend Jahren intensiv. Ein Thema, das enorm wichtig ist, ein Thema, das bis heute nicht an Aktualität verloren hat. Der Nationalsozialismus liegt jetzt siebzig Jahre hinter uns. Die grenzenlose, ideologisch verblendete, fanatische Judenfeindlichkeit der Nationalsozialisten mündete über Jahre hinweg in den schlimmsten Völkermord der Geschichte. Die Erinnerungen daran dürfen nicht verblassen, wir dürfen das, was damals in Auschwitz, Dachau, oder hier in Bergen-Belsen geschehen ist, nicht vergessen – oder um es mit

den Worten von Primo Levi zu sagen: „Es ist geschehen, und folglich kann es wieder geschehen: darin liegt der Kern dessen, was wir zu sagen haben.“ Wie wichtig es ist, sich und andere zu erinnern, beweisen leider immer wieder aktuelle Ereignisse, auch hier bei uns in Deutschland. Sie zeigen uns, Antisemitismus kommt aus ganz unterschiedlichen Richtungen und hat viele Gesichter und macht sich längst nicht mehr am Alter fest. Diese Gesichter sind neu, sie verändern sich. Wir erkennen sie womöglich nicht immer sofort in unserem Alltag, und auch deshalb soll das heutige Symposium hier helfen aufzuklären.

Meine Damen und Herren,

der Antisemitismus – Sie wissen das natürlich – ist ein zentraler Bestandteil der rechtsextremistischen Ideologie. Aktuelle Auswertungen des Landeskriminalamtes zeigen sehr deutlich: Antisemitische Delikte sind ganz überwiegend rechtsextremistisch motiviert. Rechtsextremisten schänden immer wieder Mahnmale, jüdische Friedhöfe, Gedenkstätten, um nur einige Beispiele zu nennen. Rechtsextremisten leugnen oder relativieren auch heute noch den Holocaust, sie verbreiten auch heute noch judenfeindliche Weltverschwörungstheorien.

Vor drei Jahren plakatierte die NPD vor dem Berliner Holocaust-Mahnmal die widerliche Parole „Gas geben“. Wie zynisch muss man sein, wieviel Hass muss man in sich haben, um so etwas zu tun? Die Niedersächsische Landesregierung hat unter anderem deshalb, aber auch noch aus diversen anderen Gründen das NPD-Verbotverfahren mit Nachdruck unterstützt und vorangetrieben.

Meine Damen und Herren, die rechtsextreme Szene verfügt über eigene Symbole und eine eigene Umgangssprache. Sie nutzt soziale Netzwerke und vieles mehr, um ihre Botschaften vor allem an junge Menschen zu adressieren. Natürlich gelingt es so auch immer wieder, einer Generation, die nach 1995, nach 2000 geboren ist, dieses unverständliche und wirre Gedankengut zu vermitteln.

Ich bin ganz aktuell geprägt von den Erzählungen meiner Nichte, die von einer Klassenfahrt nach Auschwitz berichtete. Sie war empört von den Sprüchen und dem despektierlichen Verhalten einiger Klassenkameradinnen und Klassenkameraden. Junge, unauffällige Leute im Alter von 17, 18 Jahren und man fragt sich, woher kommt dieses Gedankengut? Woher kommen diese Vorurteile? Woher kommt diese völlig grundlose Ablehnung? Man steht fassungslos davor und fragt sich, was können wir tun, um dieser Ideologie endlich Herr zu werden?

Deswegen ist es so wichtig, dass wir uns bei Symposien wie dem heutigen, aber auch in der Diskussion im Zusammenhang mit dem NPD-Verbotsverfahren, diese Frage immer wieder erörtern. Es ist notwendig, immer wieder diese Diskussion zu führen und darauf hinzuweisen, und gleichzeitig allen noch lebenden Generationen zu sagen: Ihr seid nicht schuld, aber ihr tragt Verantwortung! Es ist wichtig, immer wieder darauf hinzuweisen, welche Verantwortung derjenige hat, der aus der Geschichte lernen könnte und müsste, aber es nicht will.

Ein Beispiel dazu von vielen ist eine rechtsextremistische Gruppe Namens Arische Jugend. Sie verbreitet Lieder, die den Holocaust offen anzweifeln, ja bestreiten. Mehrere ähnliche Musikstücke, die rechtsextremistisches, antisemitisches Gedankengut beinhalten, kursieren offen im Internet. Ich habe das bei Google eingegeben und bin direkt auf diese Lieder gestoßen, bei Youtube, ohne Barriere oder Kennzeichnung, mit den bekannten eindeutigen Botschaften! So etwas sehen wir mit großer Sorge, und wir beobachten das sehr intensiv. Antisemitische Parolen von Rechtsextremen sind gerade für junge Menschen nicht immer eindeutig als solche zu erkennen. Die rechtsextreme Szene ist extrem dynamisch, sie verändert sich ständig, das antisemitische Gedankengut bleibt aber als Kern der Botschaft immer erhalten.

Wir beobachten diese Entwicklung aufmerksam. Die Niedersächsische Landesregierung entwickelt zurzeit ein ganzheitliches Landesprogramm zur Bekämpfung des Rechtsextremismus. Es soll ressortübergreifend angelegt sein und bezieht zahlreiche zivilgesellschaftliche Akteure mit ein. Das ist unbedingt erforderlich, um diesen rechtsextremen und antisemitischen Parolen gezielt und frühzeitig entgegen wirken zu können.

Meine Damen und Herren, wir sehen natürlich nicht nur den Antisemitismus aus dem rechtsextremen Bereich mit großer Sorge. Auch der islamische, der islamisierte Antisemitismus, der seit einigen Jahren in Europa greifbar ist, macht sich verstärkt bemerkbar. Da ist etwa das Attentat auf das jüdische Museum in Brüssel vor kurzem, das uns alle schockierte. Es war die Tat eines 29-jährigen Franzosen, der gerade aus Syrien zurückgekehrt war. Natürlich erinnern wir uns auch alle an die Anschläge vom 11. September 2001. Mohammed Atta, der damals die Todespiloten anführte, betrachtete New York als, so soll er es gesagt haben, „Zentrum des Weltjudentums“. Auch das begründete er verschwörungstheoretisch mit einem angeblich jüdisch dominierten Netz aus Medien, Politik und Finanzwelt, das dort zusammenlaufen würde. Man muss aber gar nicht so weit in die Ferne schauen, um antisemitische Vorurteile zu erkennen. Erst vor vier Jahren wurden bei einem Stadtteilstfest hier in

Hannover Tänzerinnen und Tänzer der Jüdischen Liberalen Gemeinde mit Steinen beworfen. Unter den Tätern waren vor allem muslimische Kinder und Jugendliche. Wir dürfen nicht unterschätzen, dass antisemitische Vorurteile auch in unseren Städten unter Jugendlichen verbreitet sind. Diese Geschichten stehen exemplarisch für einzelne Aspekte islamistisch motivierten Antisemitismus.

Aber ganz egal, meine Damen und Herren, ob Antisemitismus aus Europa oder aus dem Nahen Osten oder von sonst wo kommt. Ob er sich vorrangig gegen Israel oder gleich gegen das gesamte Judentum richtet, eines bleibt immer gültig: Er ist menschenverachtend, er widerspricht unseren freiheitlichen, demokratischen Werten fundamental und muss deshalb bekämpft werden. Es wäre aber gleichwohl völlig falsch und genau so verwerflich, von einem Vorfall oder von einer Reihe von Vorfällen aus einem bestimmten Bereich, gerade im islamistischen Bereich, pauschal auf Menschen muslimischen Glaubens zu schließen. Misstrauen und Feindseligkeit sind die falsche Antwort. Wir müssen unbedingt differenzieren zwischen friedlichen Gläubigen, der absoluten, der überwiegenden, der überzeugenden Mehrheit und der geringen Zahl von Antisemiten. Und wir müssen gerade auch junge Menschen mit Bildung aufklären, meine Damen und Herren, und deswegen ist ein solches Symposium wichtig, genauso wie das Bekenntnis, dass der Niedersächsische Verfassungsschutz damit ablegt. Nämlich das Bekenntnis einzuräumen, dass man, wie Frau Brandenburger es gerade richtig formuliert hat, seine eigenen Sichtweisen auch in der Lage sein muss, zu korrigieren. Es helfen keine Schablonen in der Beurteilung von Sachverhalten, es helfen auch keine Checklisten und es hilft keine pauschale Diskriminierung oder ein Generalverdacht gegen eine übermäßig große Gruppe wegen einiger weniger. Das Einzige was hilft, ist die selbstkritische Überprüfung dessen was wir erheben, was wir ermitteln, was wir analysieren und interpretieren einerseits und andererseits die Fähigkeit, nach außen deutlich zu machen, diese Fähigkeit zu besitzen und gleichzeitig wachsam und aufmerksam zu bleiben. Darum muss es gehen.

Die Glaubwürdigkeit, die unsere Sicherheitsbehörden, und gerade natürlich der Verfassungsschutz braucht, um erfolgreich seine Arbeit, sinnbildlich als eine Wächterin unserer Werte, zu tun, kann nur mit hoher Akzeptanz in der Mitte der Bevölkerung erfüllt werden. Dabei muss klar sein, dass der Verfassungsschutz keine Ansammlung von, entschuldigen Sie den Ausdruck, „Schlapphüten“ ist, keine Ansammlung von konspirativen und klandestinen Denkenden und Handelnden, sondern Menschen, die wissen was in der Gesellschaft passiert, welche Werte von wem wodurch bedroht werden und wie wir erkennen, was wir erkennen müssen, um dagegen vorgehen

zu können. Und auch deswegen, glaube ich, ist ein solches Symposium wie heute, natürlich nur eines in einer Reihe von vielen, ein wichtiges Instrument und beileibe nicht das Einzige, um auch diese, lassen Sie es mich so nennen, Geisteshaltung einer Sicherheitsbehörde wie dem Verfassungsschutz deutlich zum Ausdruck zu bringen, meine Damen und Herren.

Meine Damen und Herren, auch im Linksextremismus begegnen wir Formen von Antisemitismus. Es ist eine andere Erscheinungsform, aber Teile der linksextremistischen Szene sind israelfeindlich eingestellt. Für sie steht der Name Israel synonym für Kapitalismus, Imperialismus und Krieg. Dabei ignorieren sie sämtliche legitimen Sicherheitsinteressen des Staates Israel. Und ich füge hinzu: Auch der Staat Israel ist nicht, wie soll ich sagen, frei von Kritik, die an ihm geübt werden kann. Aber der Linksextremismus hat hier eine sehr fundamentale Auffassung. Dieser Antizionismus, der es im Grunde genommen im Kern ist, hat eine völlig andere Entstehungsgeschichte und tritt demzufolge auch in völlig anderen Erscheinungsformen auf.

Meine Damen und Herren, ich will hier nicht weiter in fachliche Details einsteigen, das können die Referentinnen und Referenten des heutigen Tages viel besser. Wir erwarten heute noch hochkarätige Expertinnen und Experten. Sie werden uns darlegen, wie Antisemitismus sich im Einzelnen äußert und woher er kommt.

Mit ist aber eines sehr wichtig: Wir müssen lernen, dass wir reagieren müssen und vor allem, wie wir reagieren müssen, wenn uns antisemitische Auswüchse im Alltag begegnen. Es gilt, sich allen Formen des Antisemitismus konsequent entgegenzustellen. Es gibt keine Differenzierung in der Frage, besserer oder schlechterer, böserer oder weniger böser Antisemitismus. Niemals dürfen wir es tolerieren, wenn Menschen wegen ihrer Religion ausgegrenzt, diskriminiert und beleidigt werden. Ebenso wenig dürfen wir zulassen, dass Menschen wegen ihrer Religion, egal welcher, unter einen Generalverdacht gestellt werden. Aufklärung ist eine wichtige Voraussetzung, um den Antisemitismus zu bekämpfen. Egal, ob er einen rechtsextremistischen, einen islamistischen oder einen linksextremistischen Hintergrund hat. Wir alle gemeinsam müssen aufklären, wirre Theorien als solche brandmarken und entkräften. Was wir nicht dürfen, ist mit Ablehnung und Misstrauen zu reagieren auf Ablehnung und Misstrauen.

Meine Damen und Herren, es ist leider so, dass antisemitische Anfeindungen das jüdische Gemeindeleben immer wieder stark belasten. Dennoch setzen sich jüdische Gemeinden für ein friedliches Zusammenleben in Deutschland ein, trotz oder gerade

wegen aller Rückschläge. Sie klären aktiv über das Judentum auf und weisen auf die Gefahr des Antisemitismus hin. Dieses Engagement, meine Damen und Herren, kann gar nicht hoch genug und stark genug gewürdigt werden.

Auch für die Niedersächsische Landesregierung ist es sehr wichtig, ich glaube, das ist deutlich geworden, den Antisemitismus zu bekämpfen. Er ist nämlich nicht verschwunden! Und deswegen freue ich mich, dass wir mit Beginn dieses Jahres die Landesverbände der Jüdischen Gemeinden und der Israelitischen Kultusgemeinden vom Land mit mehr Mitteln für ihre Arbeit haben ausstatten können. Es freut mich besonders, dass die Bekämpfung des Antisemitismus auch vielen engagierten Bürgerinnen und Bürgern in allen gesellschaftlichen Gruppen am Herzen liegt. Auch das ist eine erfreuliche Erkenntnis über Entwicklungen der letzten zwei Dekaden.

Erst vor gut drei Wochen zum Beispiel, durfte ich in Aurich ein neues Mahnmal einweihen. Die dortige Gedenkstätte, einschließlich des Friedhofs für KZ-Häftlinge, wird dort durch einen Förderverein maßgeblich gestaltet und ist über viele, viele Jahre gegen den Widerstand einzelner Gruppen in der Bevölkerung und in der Politik durchgesetzt worden – mit viel Ausdauer und viel Energie.

Holocaustleugner zeigen uns, wie wichtig das Erinnern ist. Sie zeigen uns auch, und auch dessen bin ich mir voll bewusst: Ein Verbot der NPD würde nicht bedeuten, dass wir den Kampf gegen den Rechtsextremismus und den Antisemitismus gewonnen hätten oder uns zurücklehnen könnten. Lassen Sie uns diese Auseinandersetzung deshalb gemeinsam führen. Das beginnt in unserem Alltag. Hinsehen und Handeln helfen dabei am besten gegen Verharmlosen, Verdrängen, Vergessen und Bestreiten.

Ich wünsche uns allen einen erkenntnisreichen Tag. Ich hoffe, dass das heutige Symposium helfen kann, antisemitisches Gedankengut noch besser zu erkennen, ihm entgegenzutreten, egal, in welchem Mantel es sich versteckt.

Vielen Dank.

ANTISEMITISMUS ALS FEINDSCHAFT GEGEN JUDEN ALS JUDEN

*Prof. Dr. Armin Pfahl-Traughber,
Fachhochschule des Bundes für
öffentliche Verwaltung, Brühl*

Eine Typologie von Ideologie- formen mit Definition und Fallbeispielen

1. Einleitung und Fragestellung

Antisemitismus ist nicht nur aus historischen Gründen von Bedeutung: Forschungen zu Einstellungen in der Bevölkerung belegen ein relativ hohes Potential mit jüdenfeindlichen Ressentiments; kursierende Anspielungen und Sprüche im Alltagsleben stehen für die Fortexistenz einschlägiger Vorurteile; Skandale um Aussagen bekannter Personen des öffentlichen Lebens machen einen latenten Antisemitismus deutlich; und für Beleidigungen von Juden und Nicht-Juden mit stereotypen Schimpfwörtern gilt dies ebenfalls. Bei den jeweiligen Akteuren handelt es sich nicht nur um Extremisten, sondern auch um Normalbürger. Antisemitismus ist demnach ein gesamtgesellschaftlich relevantes Thema (vgl. BMI 2011). Es lässt sich aber auch eine politische Instrumentalisierung des Antisemitismus-Vorwurfs ausmachen. So dient er mitunter zur Diskreditierung der Kritik an der israelischen Politik im Nahen Osten. Gleichzeitig nutzen Antisemiten dieses Themenfeld, wenn sie ihre Jüdenfeindschaft im Gewand der Solidarität mit den Palästinensern artikulieren.



Daher bedarf es einer klaren und trennscharfen Definition von „Antisemitismus“, um die jeweiligen Auffassungen und Handlungen analytisch erfassen zu können. Die vorliegende Abhandlung will dazu einen Beitrag leisten: Zunächst geht es um eine Definition von „Antisemitismus“ als Sammelbezeichnung für eine Feindschaft gegen Juden als Juden (2.) und um die Erscheinungsformen in Einstellungen und Praktiken in der Gesellschaft (3.). Dem folgen zunächst allgemeine Aussagen zu den

Ideologieförmigen des Antisemitismus in idealtypischer Sicht (4.), wonach der religiöse (5.), soziale (6.), politische (7.), kulturelle (8.) nationalistische (9.), rassistische (10.), sekundäre (11.) und antizionistische Antisemitismus (12.) jeweils abstrakt definiert und exemplarisch erläutert werden. Abschließend finden sich Ausführungen zu der Überflüssigkeit der Rede vom „Neuen Antisemitismus“ (13.), zur Notwendigkeit einer Ausdifferenzierung der Ideologieförmigen (14.), zum Verhältnis der Ideologieförmigen zueinander (15.) und zu den Funktionen des Antisemitismus (16.).

2. Definition von „Antisemitismus“ als Sammelbezeichnung

„Antisemitismus soll ... verstanden werden als Sammelbezeichnung für alle Einstellungen und Verhaltensweisen, die den als Juden geltenden Einzelpersonen oder Gruppen aufgrund dieser Zugehörigkeit ... negative Eigenschaften unterstellen, um damit eine Abwertung, Benachteiligung, Verfolgung oder Vernichtung ideologisch zu rechtfertigen“ (Pfahl-Traugher 2002: 9). „Sammelbezeichnung“ meint, dass mit dem Begriff unterschiedliche Einstellungen und Handlungen analytisch erfasst werden können und sollen. Es geht hierbei keineswegs um eine einfache Gleichsetzung des damit jeweils inhaltlich Gemeinten und um eine Ignoranz gegenüber den konkreten Folgen. Zur Erfassung dieser Besonderheiten dienen dann noch spezielle Kriterien, worauf sich der Blick in der folgenden Erörterung ausführlicher richten wird. Bilanzierend könnte man bezogen auf den Sammelbegriff auch sagen: Antisemitismus ist Feindschaft gegen Juden als Juden, also aufgrund der angeblichen oder tatsächlichen Zugehörigkeit der gemeinten Menschen (vgl. Klug 2004: 224).

Doch handelt es sich hier um eine dafür inhaltlich angemessene Bezeichnung? Eigentlich meint die Formulierung „Semiten“ eine Sprachfamilie (Akkadisch, Arabisch, Aramäisch, Kanaanäisch, Südarabisch-Abessinisch etc.). Insofern war und ist der Begriff für das konkret Gemeinte, die Feindschaft gegenüber Juden, inhaltlich falsch oder zumindest ungenau. „Antisemitismus“ kam Ende der 1870er Jahre als Selbstbezeichnung von einschlägig eingestellten Gruppen und Publizisten auf, welche damit ihren Ressentiments gegenüber den Juden aus propagandistischen Gründen einen wissenschaftlichen Charakter geben wollten (vgl. Nipperdey/Rürup 1975). Insofern sprechen eigentlich gute Gründe für den Verzicht auf den Begriff „Antisemitismus“. Gleichwohl findet die mittlerweile eingebürgerte Bezeichnung als Terminus für „Judenfeindschaft“ weltweit Verwendung. Im Sinne der präsentierten Definition können demnach auch Angehörige der semitischen Sprachfamilie wie etwa Araber sehr wohl auch Antisemiten im Sinne von Judenfeinden sein.

3. Erscheinungsformen von Antisemitismus in der Gesellschaft

Bezogen auf die Erscheinungsformen des Antisemitismus in der Gesellschaft kann die Ebene der Einstellungen und die Ebene der Handlungen unterschieden werden. Ersteres meint die Auffassungen und Bilder, die bei den Menschen, hier die Antisemiten, über andere Menschen, hier die Juden, bestehen. Dabei lässt sich nach dem Grad von Bewusstheit und Systematik differenzieren: Es gibt diffuse Aversionen, Ressentiments und Vorbehalte gegenüber den Juden als Angehörigen einer sozialen Gruppe, welche den gemeinten Individuen mitunter subjektiv selbst gar nicht bewusst sein müssen und sich nur anlassbezogen artikulieren. Diese latenten Einstellungen unterscheiden sich von manifesten Einstellungen. Sie äußern sich auf Basis einer bewussten Grundauffassung des jeweiligen Individuums vom privaten Gespräch bis zur öffentlichen Positionierung deutlich. Stehen einschlägige Aversionen und Feindbilder gegen Juden für eine entwickelte Ideologie, so verdichten sie sich in einer breiten und umfassenden Weltanschauung des Antisemitismus.

Derartige Einstellungen können, müssen aber keine Folgen in Form von Handlungen haben. Indessen führt bereits die Artikulation von Mentalitäten und Orientierungen etwa in Gestalt von Anspielungen oder Witzen zur Absicherung und Stärkung eines entsprechenden sozialen Klimas. Eine nächste Stufe der öffentlich verbalisierte Aversion gegen Juden liefe auf die soziale Abwertung hinaus, stellt doch ein entsprechendes Negativ-Bild von den Angehörigen einer bestimmten Menschengruppe eine notwendige Folge der verbalisierten Diskriminierung dar. Sie kann sich auch in der direkten Forderung nach einer Benachteiligung von Juden äußern, so etwa wenn ihr Bürger- oder Menschenrecht auf die Anwesenheit im Land durch einschlägige Parolen in Abrede gestellt wird. Gehen solche Auffassungen dann in konkrete Handlungen über, hat man es mit Formen des gewalttätigen Antisemitismus zu tun. Sie können aus Angriffen auf Einrichtungen und Personen bestehen und bis hin zur systematischen Vernichtung von Juden wie während der Shoah reichen.

4. Ideologieformen des Antisemitismus in idealtypischer Sicht

Antisemitismus artikuliert sich zwar als Feindschaft gegen Juden immer in Richtung der Angehörigen dieser sozialen Gruppe. Dies geschah und geschieht aber nicht in inhaltlich gleicher Art und Weise. Im Laufe der ideengeschichtlichen Entwicklung der Judenfeindschaft bildeten sich unterschiedliche Behauptungen, Stereotype und Vorurteile heraus. Dabei nahmen sie mitunter Bezug auf spezifische Merkmale, welche den Juden aufgrund ihrer besonderen sozialen Situation in der Gesellschaft eigen

waren. Hierzu gehörten etwa Aspekte wie die Schwerpunkte der Berufswahl, das Selbstverständnis der Religion, der Status als Minderheit oder die Verbreitung in der Welt. Einzelne Beobachtungen oder Eigenschaften nahmen über eine Negativ-Wertung und Pauschalisierung die Form von Hass-Bildern an. Insofern steht der Antisemitismus für eine ideologische Verzerrung sozialer Realität. Nur so lässt sich erklären, warum die Judenfeindschaft in unterschiedlichen Gesellschaften zu verschiedenen Zeiten eine mehr oder minder starke Breitenwirkung entfalten konnte.

Im Folgenden sollen die jahrhundertlang kursierenden Auffassungen einzelnen Ideologieformen zugeordnet werden. Hierbei bilden jeweils die Aussagen in den Feindbildern - in Gestalt der gesellschaftlichen Bereiche oder inhaltlichen Ebenen - die Kriterien. Es handelt sich somit um eine abstrakte und theoretische Analyse, welche nach Gemeinsamkeiten in der Ausrichtung der Feindbilder gegen Juden fragt und daraus verschiedene Typen zu deren Unterscheidung entwickelt. Damit soll ein Instrument zur Erkenntnis der jeweiligen Besonderheiten antisemitischer Aussagen präsentiert werden. Das damit einhergehende Konzept „Ideologieformen“ behauptet aber nicht, dass sich Judenfeindlichkeit nur in Gestalt von einer der jeweils genannten Typen artikuliert. Meist hat man es mit einer Mischung verschiedener Stereotype und Vorurteile zu tun. Hierbei erlaubt die Analyse über die Ideologieformen dann auch, eine differenzierte Unterscheidung der primären und sekundären Bestandteile in der konkreten Bekundung vorzunehmen.

5. Ideologieform I: Religiöser Antisemitismus

Als erste Ideologieform soll der religiöse Antisemitismus behandelt werden. Hierbei bildet die Religion der Juden in Inhalten und Ritualen den jeweiligen Bezugspunkt. Der religiöse Antisemitismus entwickelt sich aus der Absolutsetzung der eigenen Auffassung von Religion, die wiederum mit der pauschalisierenden Ablehnung und Diffamierung von allen anderen Glaubensformen verbunden ist. Hinzu kommt die besonders negative Hervorhebung von Bestandteilen jüdischer Religion, um eine solche Diskriminierung von einer allgemeinen gegenüber allen anderen Religionsformen zu unterscheiden. Ansätze zum religiösen Antisemitismus finden sich bereits im Neuen Testament, wo die Juden als „Söhne des Teufels“ bezeichnet und als Verfolger Jesu dargestellt werden. Insbesondere die Behauptung der Schuld an dessen Tod in Gestalt des Vorwurfs vom „Gottesmord“ sollte sich fortan tief in die Glaubensauffassung der Christen einpflanzen. Im Mittelalter kamen noch weitere Unterstellungen wie etwa die vom „Hostienfrevl“ oder „Ritualmord“ hinzu.

Bezogen auf den religiösen Antisemitismus (vgl. u.a. Czermak 1991; Graus 1987) sollen hier einschlägige Aussagen am Beispiel von Martin Luther veranschaulicht werden. Der Reformator hatte zunächst eine eher positive Einstellung zu den Juden bekundet, hoffte er doch sie als Anhänger seiner besonderen Religionsauffassung gewinnen zu können. Nach dem Scheitern der Missionierungsversuche erschien 1543 Luthers Schrift „Von den Juden und ihren Lügen“, worin gewalttätige Maßnahmen zur Einschränkung von deren Religionsfreiheit gefordert wurden: „Ich will meinen treuen Rat geben: Erstlich, daß man ihre Synagogen und Schulen mit Feuer anstecke, denn was wir bisher aus Unwissenheit geduldet ... wird uns Gott verzeihen. Zum andern, daß man ihre Häuser desgleichen zerbreche und zerstöre ... Zum dritten, dass man ihnen nehme all Betbüchlein und Talmudisten. ... Zum vierten, daß man ihren Rabbinern bei Leib und Leben verbiete, hinfort zu lehren ... Zum fünften, dass man den Juden das Geleit und Straße ganz und gar aufhebe “ (zit. nach: Bienert 1982: 148-150).

6. Ideologieform II: Sozialer Antisemitismus

Als zweite Ideologieform sei hier der soziale Antisemitismus genannt. Er geht über übliche Konflikte im Aufeinandertreffen verschiedener Gruppen hinaus, seien diese kulturell, politisch oder sozial bedingt. Hier wird ein besonderer eingebildeter oder tatsächlicher sozialer Status von Juden in der Gesellschaft als Motiv des Antisemitismus genannt. Durch die eingeschränkte Berufswahl drängte man in der Vergangenheit viele Juden von der beruflichen Sphäre der Produktion in die des Handels. Da dieser als eine Schnittstelle für den An- und Verkauf von Waren diente, erschien eine jüdische Präsenz für diejenigen, die es so sehen wollten, als bedeutsam oder als dominant. Ansätze zum sozialen Antisemitismus entstanden bereits im Mittelalter. Da nach dem kanonischen Zinsverbot den Christen die Zinsnahme untersagt war und Juden viele berufliche Bereiche verwehrt wurden, wichen sie auf Geldverleih und Handel aus. In der Wahrnehmung der feindlich gesinnten Umwelt galten Juden als ausbeuterische und unproduktive „Händler“ und „Wucherer“.

Der damit angesprochene soziale Antisemitismus (vgl. u.a. Benz 2001; Raphael 1999) nahm denn auch eine Gleichsetzung von Börse, Finanzkapital und Geldgier mit dem Judentum vor. Exemplarisch dafür steht hier der bedeutende Ökonom und Soziologe Werner Sombart, der 1911 sein Buch „Die Juden und das Wirtschaftsleben“ veröffentlichte. Darin heißt es über einschlägige Mentalitäten: „Statten wir nun diesen nüchtern abwägenden, genau rechnenden Menschen noch mit einer starken Dosis kombinatorischer Phantasie aus, mit der, wie wir sahen, der Jude gut

versehen ist, so steht der perfekte Börsenspekulant fertig vor uns.“ Diese Prägung führte Sombart auf die jüdische Religion zurück: Denn, „ ... daß das Geldverleihen von den Juden zu einer Kunst ausgebildet worden war, daß sie wahrscheinlich die Begründer (sicher aber die Verwahrer) einer hochentwickelten Leihtechnik während all der Jahrhunderte sind, das lehrt auf das klarste ein Studium der Talmudtraktate, die von diesen weltlichen Dingen handeln“ (Sombart 1911: 332, 376f.).

7. Ideologief orm III: Politischer Antisemitismus

Als dritte Ideologief orm soll der politische Antisemitismus thematisiert werden. Hier bestehen inhaltliche Gemeinsamkeiten mit den bereits erwähnten Verweisen auf die soziale und wirtschaftliche Bedeutung von Juden. Danach gelten die als homogenes Kollektiv gedachten Angehörigen dieser religiösen Gruppe als einflussreiche soziale Macht, die sich in politischer Absicht zu gemeinsamem Handeln zusammenschließen. Die erklärte Absicht dabei sei die Erlangung der Herrschaft in dem jeweiligen Land oder in der ganzen Welt, die durch eine geheime Planung in Gestalt einer Verschwörung erreicht werden sollte. Insofern stünden jüdische Kräfte auch hinter politischen Umbrüchen wie Kriegen, Revolutionen oder Wirtschaftskrisen. Erste Ansätze zu einer solchen Form des Antisemitismus bildeten bereits die Behauptungen von der „Brunnenvergiftung“ als Ergebnis konspirativen Agierens im Mittelalter. Später entwickelte sich diese Auffassung in systematischer Form weiter in der Behauptung einer „jüdischen Weltverschwörung“, die „hinter den Kulissen“ wirke.

Im Bereich des politischen Antisemitismus (vgl. u.a. Cohn 1969; Pfahl-Traughber 1993) stellen die gefälschten „Protokolle der Weisen von Zion“, die den Eindruck eines dokumentarischen Belegs für eine jüdische Konspiration vermitteln sollten, die in Bedeutung und Wirkung herausragendste Schrift dar. Auf ihr fußt auch ein anderes Buch mit dem Titel „Der internationale Jude“, das 1920 erstmals unter der Herausgeberschaft des US-amerikanischen Automobilkonzern-Begründers Henry Ford erschien. Darin heißt es: „Die Judenfrage berührt nicht nur allgemein bekannte Dinge, wie Finanz- und Handels-Herrschaft, Eroberung der politischen Macht, Monopolisierung aller Lebensbedarfe und willkürliche Beeinflussung des amerikanischen Pressewesens, sondern sie dringt in das Gebiet des Kulturlebens ein und wird so zur Lebensfrage des Amerikanertums“ (Ford 1923 I: 7). In den Juden sah Ford die alles beherrschende Kraft, sie kontrollierten angeblich den Bolschewismus, das Film-, Finanz-, und Theaterwesen sowie die Weltpresse.

8. Ideologieform IV: Kultureller Antisemitismus

Als vierte Ideologieform sei hier der kulturelle Antisemitismus genannt. Er steht mit der politischen und sozialen Variante in einem engen inhaltlichen Zusammenhang und bezieht sich auf die mit der historischen Entwicklung in beiden Bereichen verbundenen Wirkungen auf kultureller Ebene. Sowohl die Folgen der ökonomischen Durchdringung der feudalen Gesellschaften durch kapitalistische Wirtschaftsweisen als auch die mit Demokratisierungsprozessen einhergehenden Verunsicherungen lösten bei bestimmten sozialen Gruppen Orientierungslosigkeit und Unbehagen aus. Zugleich machte man Juden auf kultureller Ebene für die angeblich verderblichen Entwicklungen verantwortlich. Irritierende Neuerungen in Architektur, Kunst, Literatur oder Musik sahen Antisemiten als Folge des jüdischen Einflusses, der mit der kulturellen Moderne identifiziert und mit ihr abgelehnt wurde. Als auch heute noch bekanntes historisches Beispiel dafür kann die NS-Propaganda gegen moderne Kunst als angeblich dekadente und „entartete Kunst“ gelten.

Für den kulturellen Antisemitismus (vgl. u.a. Barron 1992; Zuschlag 1995) soll hier aber der Komponist Richard Wagner als historisch bedeutsames Beispiel dienen. Er veröffentlichte 1850 den Aufsatz „Das Judentum in der Musik“, worin der behauptete künstlerische Verfall der Musik auf den Einfluss der Juden zurückführt wurde. Darin heißt es: „Wir haben nicht erst nötig, die Verjüdung der modernen Kunst zu bestätigen; sie springt in die Augen ... Dünkt uns aber das Notwendigste die Emanzipation von dem Drucke des Judentumes, so müssen wir es vor allem für wichtig erachten, unsere Kräfte zu diesem Befreiungskampfe zu prüfen. Diese Kräfte gewinnen wir aber nun nicht aus eine abstrakten Definition jener Erscheinung selbst, sondern aus dem genauen Bekanntwerden mit der Natur, der uns innewohnenden unwillkürlichen Empfindung, die sich uns als instinktmäßiger Widerwille gegen das jüdische Wesen äußert: an ihr, der unbesieglchen, muß es uns ... deutlich werden, was wir an jenem Wesen hassen ...“ (zit. nach Fischer 2000: 146f.).

9. Ideologieform V: Nationalistischer Antisemitismus

Als fünfte Ideologieform soll der nationalistische Antisemitismus behandelt werden. Er sieht in den Juden eine ethnisch, kulturell oder sozial nicht zur jeweiligen Nation gehörende Minderheit, die als Fremdkörper wahrgenommen und der Illoyalität gegenüber der Nation beschuldigt wird. Zumindest theoretisch konnte durch Assimilation und Religionsübertritt die Diskriminierung überwunden und die Integration in die Gesellschaft erreicht werden, was beim anschließend noch gesondert darzustel-

lenden rassistischen Antisemitismus nicht möglich war. Die damit einhergehende Besonderheit macht es auch sinnvoll, von zwei ähnlichen, aber doch unterschiedlichen Ideologieförmn der Judenfeindschaft zu sprechen. Der nationalistische Antisemitismus hebt darüber hinaus nicht allein auf die angeblichen ethnischen Unterschiede ab, er betont auch behauptete kulturelle Gegensätze oder mangelnde Loyalitätsgeföhle gegenüber der jeweiligen Nation. Durch eine solche Ausgrenzung nimmt diese Form der Judenfeindschaft auch eine fremdenfeindliche Dimension an.

Für den nationalistischen Antisemitismus (vgl. u.a. Erb/Bergmann 1989; Holz 2001) sei hier als historisches Beispiel für den Kontext von Aversionen gegen die Juden und Überhöhung der eigenen Nation Ernst Moritz Arndt genannt. Der Historiker und Theologe spielte ideengeschichtlich eine bedeutende Rolle bei der Entstehung des deutschen Nationalismus, kann er doch zusammen mit anderen Denkern wie Johann Gottlieb Fichte oder Friedrich Ludwig Jahn als dessen früher theoretischer Begründer gelten. In seiner Schrift „Blick aus der Zeit auf die Zeit“ von 1814 heißt es: „Die Juden als Juden passen nicht in diese Welt und in diese Staaten hinein, und darum will ich nicht, daß sie auf eine ungebührliche Weise in Deutschland vermehrt werden. Ich will es aber auch deswegen nicht, weil sie durchaus fremdes Volk sind und weil ich den germanischen Stamm so sehr als möglich von fremden Bestandteilen rein zu erhalten wünsche“ (Arndt 1814: 188f.). Gerade im letzten Satz offenbart sich bereits eine rassistische Dimension dieses Denkens.

10. Ideologieförm VI: Rassistischer Antisemitismus

Als sechste Ideologieförm sei hier der rassistische Antisemitismus genannt. Die Besonderheit dieser Form besteht darin, dass sie alle Juden von Natur aus als negativ bewertet. Sie können dieser Einschätzung weder durch die Abkehr von ihrer Religion noch durch die Änderung ihres Verhaltens entgehen. Derartige Auffassungen propagierte seit Anfang der 1870er Jahre die Völkische Bewegung auf, wo biologistische Argumentationsmuster mit einer sozialdarwinistischen Ideologie verknüpft: So bestehe das Gesetz der Geschichte in einem Kampf unterschiedlicher „Rassen“ – hier zwischen „Germanen“ und „Juden“ – um die Vorherrschaft. An solche Einstellungen konnten die Nationalsozialisten seit Beginn der 1920er Jahre anknüpfen. So propagierte Hitler bereits in dieser Phase, dass die Juden sich als parasitäre Elemente in den Völkern eingenistet hätten und aus ihnen ausgeschieden werden müssten. Die spätere Massenvernichtung war somit bereits ideologisch in dieser Form der Judenfeindschaft als mögliche Konsequenz des Handelns inhaltlich angelegt.

Da der rassistische Antisemitismus (vgl. u.a. Geulen 2004; Longerich 1998) im Nationalsozialismus seinen Höhepunkt fand, soll seine inhaltliche Ausrichtung hier anhand der Auffassungen von Hitlers Hauptwerk „Mein Kampf“ aufgezeigt werden. Dort findet man zwar noch andere Ideologieformen, dominierend ist aber der Rassismus gegen die Juden. So heißt es in dem Kapitel „Volk und Rasse“: „Den gewaltigsten Gegensatz zum Arier bildet der Jude. ... Das Dasein treibt den Juden zur Lüge, und zwar zur immerwährenden Lüge. ... Er muss, um sein Dasein als Völkerparasit führen zu können, zur Verleugnung seiner inneren Wesensart greifen. ... Das Judentum war immer ein Volk mit bestimmten rassistischen Eigenarten und niemals eine Religion ... Denn ein rassereines Volk, das sich seines Blutes bewusst ist, wird vom Juden niemals unterjocht werden können. Er wird auf dieser Welt ewig nur der Herr von Bastarden sein. So versuchte er planmäßig, das Rassenniveau durch eine dauernde Vergiftung des Einzelnen zu senken“ (Hitler 1944: 332, 335, 357).

11. Ideologieform VII: Sekundärer Antisemitismus

Als siebte Ideologieform soll der sekundäre Antisemitismus behandelt werden. Hierbei unterstellt man der öffentlichen Auseinandersetzung über die Massenvernichtung der Juden während des Zweiten Weltkriegs, sie diene nur der Diffamierung der nationalen Identität der Deutschen, der Gewährung fortgesetzter Wiedergutmachungszahlungen an Israel und der Legitimation deren Politik im Nahen Osten. Hier geht es also um einen Form der Judenfeindschaft „nach Auschwitz“, die aufgrund des inhaltlichen Kontextes mit der Shoah auch als „Schuldabwehr“-Antisemitismus bezeichnet wird. In diesem Kontext bemüht man auch traditionelle Argumentationsmuster des Antisemitismus wie etwa die Auffassung von der angeblichen jüdischen Fixierung auf finanziellen Besitz oder politische Macht. Als besondere Variante des sekundären Antisemitismus kann die Holocaust-Leugnung gelten. Sie unterstellt, dass die Massenvernichtung an den Juden nicht stattgefunden habe, sondern um der moralischen Demütigung der Deutschen willen erfunden worden sei.

Den sekundären Antisemitismus (vgl. u.a. Bergmann 2006; Stern 1991) findet man besonders stark ausgeprägt im Rechtsextremismus, wofür hier die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) als Beispiel mit besonders scharfen Formulierungen dienen kann. Ihr „Amt für Öffentlichkeitsarbeit“ publizierte 2005 eine Broschüre, die mit dem Titel „Argumente für Kandidaten & Funktionsträger. Eine Handreichung für die öffentliche Auseinandersetzung“ den Mitgliedern in Diskussionen die aus Sicht der Partei richtigen Positionen liefern sollte. Dort heißt es in einer vorgeschlagenen Antwort auf die Frage „Ist die NPD eine ‚antisemitische‘ Partei?“:

„Antisemitismus meint wohl die Kritik an Juden? Selbstverständlich darf man auch Juden kritisieren. Der von jüdischer Seite seit 60 Jahren betriebene Schuld kult und die ewige jüdische Opfertümelei muß sich kein Deutscher gefallen lassen. ... Schließlich ist klar, dass die Holocaust-Industrie mit moralischen Vorwänden die Deutschen immer nur wieder finanziell auspressen will“ (NPD 2005: 10).

12. Ideologieform VIII: Antizionistischer Antisemitismus

Und als achte Ideologieform sei der antizionistische Antisemitismus genannt. Die Bezeichnung „Zionismus“ steht seit dem 19. Jahrhundert als Sammelbezeichnung für Bestrebungen unter Juden, einen eigenen Nationalstaat zu gründen. Mit der Gründung des Staates Israel wurde dieses Ziel erreicht. Insofern bezieht sich aktuell die Formulierung „Antizionismus“ auf die Delegitimation von Israel. Antizionistischer Antisemitismus zeigt sich also in der rigiden Ablehnung der Außen- und Innenpolitik des Staates Israel, wobei der konstitutive Grund dafür in dessen jüdischer Prägung gesehen wird. Insofern lässt sich auch bei besonders einseitiger oder scharfer Kritik an Israel mittels dieses Gesichtspunktes eine antisemitische von einer nicht-antisemitischen Motivation unterscheiden. Im erstgenannten Fall geht es um die besondere pauschalisierende Diffamierung des Staates Israel, die sich bei der Kommentierung aktueller politischer Geschehnisse traditioneller antisemitischer Auffassungen und prinzipiell jüdenfeindlicher Einstellungen bedient.

Für die Ideologieform des antizionistischen Antisemitismus (vgl. u.a. Mertens 1995; Pfahl-Traughber 2007a) dient hier als Beispiel die islamistische Organisation „Hamas“, die ihren Kampf gegen Israel politisch wie terroristisch führt. In ihrer 1988 erstellten Charta heißt es zunächst, dass „unser Kampf mit den Juden ... ein sehr großer und schwerer“ sei und „Gottes Banner auf jedem Fußbreit Palästinas zu hissen“ sei. Damit wird indirekt die gewalttätige Auflösung des Staates Israel gefordert. Außerdem beruft man sich auf eine angebliche Äußerung Mohammeds, der gesagt haben soll: „Die Stunde ... wird nicht kommen, bis die Muslime gegen die Juden kämpfen. Die Muslime werden sie töten, bis sich der Jude hinter Stein und Baum verbirgt, und Stein und Baum dann sagen: ‚Oh Muslim, oh Diener Gottes! Da ist ein Jude hinter mir. Komm und töte ihn’ ...“ (Hamas 2006: 208, 210f.). Einige Seiten später spricht die Hamas von einem angeblich verschwörerischen Agieren der Juden und beruft sich dabei ausdrücklich auf die gefälschten „Protokolle der Weisen von Zion“.

13. Die Überflüssigkeit der Rede vom „Neuen Antisemitismus“

In den letzten Jahren tauchte in der Kommentierung von Auffassungen und Ereignissen mit Bezug zum Nahost-Konflikt immer wieder die Rede vom „Neuen Antisemitismus“ (vgl. z.B. Chesler 2004; Rabinovici u.a. 2004) auf. Meist mangelte es dabei aber an einer genauen Erläuterung bezüglich des gegenüber dem „Alten“ mit dem „Neuen Antisemitismus“ formal oder inhaltlich Gemeinten. Betrachtet man die Literatur mit einer solchen Begriffsverwendung, so scheint die neue Dimension zum einen mit einem bestimmten Thema, zum anderen mit den konkreten Trägern zu tun haben. Der erstgenannte Aspekt meint den Nahost-Konflikt, artikuliert sich doch der Antisemitismus der Gegenwart mitunter im Kontext der Kritik an der israelischen Außenpolitik. Der zweite Gesichtspunkt bezieht sich auf die personellen Akteure, sind dies doch nicht mehr primär Rechtsextremisten. Entweder sieht man in den Muslimen im Allgemeinen oder den Islamisten im Besonderen die neuen Träger der Judenfeindschaft in Europa wie im Nahen Osten.

Beide Phänomene lassen sich durchaus feststellen, gleichwohl macht dies nicht die Rede von einem „Neuen Antisemitismus“ notwendig. Spätestens ab Beginn der 1970er Jahre kann man auch für Deutschland konstatieren, dass einschlägige Ressentiments gegen Juden häufig im Gewand des „Antizionismus“ auftreten. Angesichts der Dominanz des Anti-Antisemitismus im öffentlichen Diskurs lassen sich judenfeindliche Auffassungen als latente Botschaften so problemloser äußern. Es handelt sich hier aber weder für Deutschland noch für andere Länder um ein neues Phänomen. Dies gilt auch für Antisemitismus unter Islamisten oder Muslimen, bestand eine Judenfeindschaft doch ebenso wie in der Frühgeschichte des Christentums in der Frühgeschichte des Islam (vgl. u.a. Lewis 1987; Pfahl-Traughber 2011). Demnach kann die Rede vom „Neuen Antisemitismus“ als überflüssig gelten, da sie inhaltlich diffus ist und nichts wirklich Neues meint. Problemlos lassen sich die Phänomene mit der Ideologieform „Antizionistischer Antisemitismus“ begrifflich erfassen.

14. Die Notwendigkeit einer starken Ausdifferenzierung der Ideologieformen

In der Fachliteratur findet man bezogen auf den Antisemitismus als Sammelbezeichnung auch anderslautende Auffassungen. Ein engeres Verständnis begrenzt den Terminus auf seine rassistische Form und unterscheidet ihn damit von der als „Antijudaismus“ bezeichneten religiösen Variante. Hiermit sollen die Besonderheiten der

rassistischen Begründung hervorgehoben werden (vgl. z.B. Heil 1997). Dafür sprechen zwar die historischen Folgen, mündete diese Form des Antisemitismus doch in der Massenvernichtung der Juden. Eine solche forderte der religiöse „Antijudaismus“ in der Tat nicht. Die historische Singularität der Shoah ignoriert eine entwickelte Typologie von Ideologieformen des Antisemitismus aber nicht notwendigerweise – wie das oben ausformulierte Konzept mit den Ausführungen zu den Besonderheiten des rassistischen Antisemitismus zeigt. Darüber hinaus kann, muss aber mit dieser Ideologieform nicht bei all ihren Anhängern wie etwa in der Völkischen Bewegung die Forderung nach einem Genozid an den Juden verbunden sein.

Man findet in der Forschung darüber hinaus auch Eingrenzungen des Antisemitismus auf die genannten Formen, dann noch ergänzt um neuere Varianten. So werden etwa ein „religiöser Antijudaismus, Rassenantisemitismus, sekundärer Antisemitismus und Antizionismus“ (Benz 2004: 20) als vier Grundphänomene unterschieden. Ihnen können aber bedeutsame Bestandteile der judenfeindlichen Agitation wie die Rede vom „jüdischen Finanzkapital“ oder von der „jüdischen Verschwörung“ nicht zugeordnet werden. Zwar bedienten sich sowohl die religiös motivierten Antisemiten des Mittelalters wie die rassistisch motivierten Antisemiten des Nationalsozialismus einschlägiger Behauptungen. Es handelte sich aber weder um eindeutig rassistisch noch eindeutig religiös begründete Feindbilder. Da es sich bei beiden Behauptungen aber um judenfeindliche Stereotype handelt, bedarf es einer stärkeren Ausdifferenzierung der Ideologieformen. Um sie erfassen zu können, wurde daher auch oben für die Erweiterung um die politische und soziale Variante plädiert.

15. Das Verhältnis der Ideologieformen des Antisemitismus zueinander

Die präsentierte Typologie von Ideologieformen des Antisemitismus ist als ein idealtypisches Modell anzusehen. Es lassen sich kaum judenfeindliche Diskurse ausmachen, welche ausschließlich einer der genannten Varianten zugeordnet werden können. In der Realität hat man es mit einer Kombination mehrerer der genannten Ideologieformen zu tun. Mitunter kommt es zu absonderlichen Kombinationen, wobei die inhaltliche Widersprüchlichkeit für die antisemitische Rezeption offenbar kein Problem darstellt. Hauptsächlich geht es darum, das gemeinte Feindbild zu diffamieren. Die formale Stringenz der Aussagen spielt dabei keine große Rolle. So findet etwa die aus dem christlich geprägten religiösen Antisemitismus des Mittelalters stammende „Ritualmord“-Legende in der gegenwärtigen islamistischen Propaganda inhaltlich Verbreitung. Gleiches gilt für die „Protokolle der Weisen von Zion“, einer antisemi-

tischen Fälschung, die ursprünglich der Diffamierung von Reformbestrebungen im zaristischen Russland diene.

Auch die erwähnten „prominenten“ Beispiele von Antisemiten nahmen jeweils Kombinationen von Ideologieformen vor: So findet man bei Luther nicht nur eine religiös begründete Judenfeindschaft. Er verknüpfte seine einschlägigen Behauptungen mit Inhalten aus dem sozialen Antisemitismus wie dem „Wucherer“-Vorwurf. Die genaue Lektüre des oben stehenden Zitates von Sombart macht deutlich, dass er ebenfalls mit der Kombination von „Judentum“ und „Schachergeist“ seinen Antisemitismus artikulierte. Gleichzeitig sah er die Grundlage für diese angebliche Geisteshaltung in der jüdischen Religion. Demgegenüber distanzierte sich Hitler zugunsten des rassistischen vom religiösen Antisemitismus. Dies hinderte ihn aber nicht daran, auch aus diesem Agitationsarsenal zu schöpfen. Gleichwohl bedarf es der vorgenommenen Differenzierung von Ideologieformen des Antisemitismus, können doch nur so Kontinuitäten und Brüche in der Entwicklung der Judenfeindschaft analytisch genauer erfasst und zugeordnet werden.

16. Funktionen des Antisemitismus für Anhänger und Protagonisten

Für die Deutung des Antisemitismus als gesellschaftlichem Phänomen lassen sich unterschiedliche Ansätze und Modelle benennen. Hier soll auf die funktionale Komponente, die als bedeutsamer Gesichtspunkt zur Erklärung der Akzeptanz der Judenfeindschaft dient, hingewiesen werden (vgl. Pfahl-Traugher 2002: 155-159). Es geht dabei um folgende Einsicht: Die Behauptungen über die Eigenschaften und Taten der Objekte von Vorurteilen mögen noch so absurd und wirklichkeitsfremd sein, sie finden gleichwohl ihre Akzeptanz aufgrund des Nutzens für Anhänger und Protagonisten des Antisemitismus. Hierzu gehört erstens die Identitätsfunktion, erfährt man doch durch die negative Abgrenzung von den Juden als „Arier“, „Christ“ oder „Deutscher“ eine eigene Zugehörigkeit, verbunden mit einer Aufwertung durch die Abwertung der Anderen. Zweitens dient die Erkenntnisfunktion zur scheinbaren Erklärung der Entwicklung in Gesellschaft und Politik, wird doch das angebliche Agieren der Juden für alle Krisen und Umbrüche verantwortlich gemacht.

Während diese beiden Funktionen die Akzeptanz des Antisemitismus primär bei den Anhängern der Judenfeindschaft erklärt, spielen für die Protagonisten zwei andere Funktionen eine bedeutende Rolle. Damit gemeint sind diejenigen Personen, die mit ihrer Agitation gegen die Angehörigen der sozialen Gruppe als politische Akteure in die Gesellschaft hinein wirken. Drittens kann insbesondere für sie die Legitimations-

funktion des Antisemitismus genannt werden, wobei der Hinweis auf das angebliche Wirken der Juden zur Mobilisierung wie Rechtfertigung durch die jeweiligen Propagandisten dient. Damit einher geht viertens die Manipulationsfunktion, die durch Ablenkung von tatsächlichen gesellschaftlichen und politischen Gegebenheiten die Schuldigen und Verantwortlichen in den Juden sehen. Und fünftens hat der Antisemitismus für Anhänger wie Protagonisten noch die Vorteilsfunktion, wofür die persönliche Bereicherung nach Enteignungen von Juden oder die berufliche Karriere nach der Entlassung von Juden wie im „Dritten Reich“ stehen.

17. Schlusswort und Zusammenfassung

Die vorstehenden Ausführungen erläuterten die Ideologieformen des Antisemitismus meist an eindeutigen und historischen Beispielen. Bis in die Gegenwart hinein lassen sich gleichwohl immer wieder einschlägige Einstellungen ausmachen, wobei angesichts der öffentlichen Sensibilität des Themas meist mit Anspielungen und Reizworten gearbeitet wird: So findet man Kommentare in den Medien, welche die Machtpolitik der israelischen Regierung gegenüber den Palästinensern auf den „Rachegeist“ der jüdischen Religion zurückführen. Autoren von Büchern in als seriös geltenden Verlagen behaupten, die Anschläge vom 11. September 2001 seien durch das konspirative Agieren des israelischen Geheimdienstes Mossad erklärbar. Und wiederum andere Stellungnahmen verweisen darauf, dass bei der Finanz- und Wirtschaftskrise das Wirken von US-amerikanischen Banken mit jüdisch klingenden Namen eine bedeutende Rolle gespielt habe. Hier artikulieren sich jeweils religiöser, politischer und sozialer Antisemitismus mit aktuellen Bezügen.

Kennt man die historische Entwicklung der Judenfeindschaft, so lassen sich einschlägige Behauptungen den genannten Ideologieformen zuordnen. Die erwähnten Beispiele stehen für eine Fortexistenz des Antisemitismus, der laut den Ergebnissen der empirischen Sozialforschung in latenter wie manifester Form bei gut zwanzig Prozent der Bevölkerung auszumachen ist. Bei Menschen mit arabischem Migrationshintergrund scheinen solche Einstellungen nach den dazu vorliegenden wenigen Studien sogar noch höher ausgeprägt zu sein. An breiter angelegten Umfragen in diesem Bereich mangelt es indessen noch. Die präsentierte Definition und Typologie erlaubt auch gegenüber diesen Auffassungen die Identifizierung von antisemitischen Vorurteilen. Gleichzeitig gestattet die Definition von Antisemitismus als Feindschaft gegen Juden als Juden auch eine Unterscheidung von antisemitischer und nicht-antisemitischer Israel-Kritik. Gelegentlich lässt sich doch eine Instrumentalisierung von Behauptungen im erstgenannten Sinne feststellen:

Hierbei diffamiert man mitunter Einwände gegen die israelische Palästinenser- und Siedlungspolitik als antisemitisch motiviert. So etwas kann durchaus der Fall sein, wie einschlägige Positionen in der islamistischen oder rechtsextremistischen Publizistik deutlich machen. Gleichwohl besteht ein grundlegender Unterschied zwischen einer antisemitischen Grundhaltung und einer menschenrechtlichen Position. Kommt es demgegenüber zu einer inflationären Nutzung des Antisemitismus-Begriffs auch für nur kritisch gemeinte Einwände gegen die israelische Politik, so hätte dies bezogen auf die Erkenntnisse über und das Wirken gegen den Antisemitismus fatale Folgen: Wenn allgemein alle nur möglichen Einwände als jüdenfeindlich gelten sollen, dann lassen sich tatsächliche jüdenfeindliche Vorurteile nicht mehr so einfach erkennen. Objektiv kommt es dadurch zu deren Aufwertung im öffentlichen Diskurs, relativiert sich so doch scheinbar deren bedrohliche Dimension. Eine differenzierte und trennscharfe Definition und Typologie kann hier zur Versachlichung beitragen.

Literatur:

Arndt, E. M. (1814): Blick aus der Zeit auf die Zeit, Frankfurt/M.

Barron, S. (Hrsg.) (1992): „Entartete Kunst“: Das Schicksal der Avantgarde im Nazi-Deutschland, München.

Benz, W. (2001): Das Bild vom mächtigen und reichen Juden. In: Benz, W.: Bilder von Juden. Studien zum alltäglichen Antisemitismus, München, S. 13-26.

Benz, W. (2004): Feindschaft gegen Juden. Annäherung an ein schwieriges Thema. In: Benz, W.: Was ist Antisemitismus?, München, S. 9-26

Bergmann, W. (2006): „Nicht immer als Tätervolk dastehen“. Zum Phänomen des Schuldabwehr-Antisemitismus in Deutschland. In: Ansorge, D. (Hrsg.), Antisemitismus in Europa und in der arabischen Welt, Paderborn-Frankfurt/M., S. 81-106.

Bienert, W. (1982): Martin Luther und die Juden, ein Quellenbuch mit zeitgenössischen Illustrationen, mit Einführungen und Erläuterungen, Frankfurt/M.

Bundesministerium des Innern (BMI) (Hrsg.) (2011): Antisemitismus in Deutschland. Erscheinungsformen, Bedingungen, Präventionsansätze. Bericht des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus. Berlin

Chesler, P. (2004): Der neue Antisemitismus. Die globale Krise seit dem 11. September, Hamburg-Berlin

Cohn, N. (1969): Die Protokolle der Weisen von Zion. Der Mythos von der jüdischen Weltverschwörung, Köln – Berlin

Czermak, G. (1991): Christen gegen Juden. Geschichte einer Verfolgung. Von der Antike bis zum Holocaust, von 1945 bis heute, Frankfurt/M.

Erb, R./Bergmann, W. (1989): Die Nachtseite der Judenemanzipation. Der Widerstand gegen die Integration der Juden in Deutschland 1780-1860, Berlin

Ford, H. (1923): Der internationale Jude. Studien zu einem Weltproblem (zwei Bände), 17. Auflage, Leipzig

Freddy, R. (1995): Sechstes Bild: „Der Wucherer“. In: Schoeps, J./Schlör, J. (Hrsg.), Antisemitismus. Vorurteile und Mythen, München, S. 103-118.

Geulen, C. (2004): Wahlverwandte. Rassendiskurs und Nationalismus im späten 19. Jahrhundert, Hamburg.

Graus, F (1987): Pest – Geissler – Judenmorde. Das 14. Jahrhundert als Krisenzeit, Göttingen.

Hamas (2006): Charta der islamischen Widerstandsbewegung Hamas. In: Baumgarten, H.: Hamas. Der politische Islam in Palästina, München 2006, S. 207-226.

Heil, J. (1997): „Antijudismus“ und „Antisemitismus“ – Begriffe als Bedeutungsträger. In: Benz, W. (Hrsg.): Jahrbuch für Antisemitismusforschung 6, Frankfurt/M., S. 92-114.

Hitler, A. (1944): Mein Kampf, 937. – 941. Auflage, München

Klug, B. (2004): The collective Jew: Israel and the new Antisemitism. In: Braun, C./Ziege, E.-M. (Hrsg.): „Das 'bewegliche Vorurteil'. Aspekte des internationalen Antisemitismus, Würzburg, S. 221-239.

Lewis, B. (1987): „Treibt sie ins Meer“. Die Geschichte des Antisemitismus. Frankfurt/M. – Berlin.

Longerich, P. (1998): Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung, München.

Mertens, L. (1995): Antizionismus: Feindschaft gegen Israel als neue Form des Antisemitismus. In: Benz, W. (Hrsg.): Antisemitismus in Deutschland. Zur Aktualität eines Vorurteils, München, S. 89-100.

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) (Hrsg.) 2005: Argumente für Kandidaten & Funktionsträger, Berlin.

Nipperdey, T./Rürup, R. (1975): Antisemitismus – Entstehung, Funktion und Geschichte eines Begriffs. In: Rürup, R.: Studien zur „Judenfrage“ der bürgerlichen Gesellschaft, Göttingen, S. 95-114.

Pfahl-Traughber, A. (1993): Der antisemitisch-antifreimaurerische Verschwörungsmythos in der Weimarer Republik und im NS-Staat, Wien.

Pfahl-Traughber, A. (2002): Antisemitismus in der deutschen Geschichte. Berlin

Pfahl-Traughber, A. (2007): Ideologische Erscheinungsformen des Antisemitismus. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 31/2007, S. 4-11.

Pfahl-Traughber, A. (2007a): Antisemitische und nicht-antisemitische Israel-Kritik. Eine Auseinandersetzung mit den Kriterien zur Unterscheidung. In: Aufklärung und Kritik, 14. Jg., Nr. 1, S. 49-58.

Pfahl-Traughber, A. (2011): Antisemitismus im Islamismus. Ideengeschichtliche Bedingungsfaktoren und agitatorische Erscheinungsformen. In: Fünfsinn, H./Pfahl-Traughber, A. (Hrsg.), Extremismus und Terrorismus als Herausforderung für Gesellschaft und Justiz. Antisemitismus im Extremismus, Brühl, S. 112-134.

Rabinovici, D./Speck, U./Sznaider, N. (Hrsg.), Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte, Frankfurt/M.

Sombart, W. (1911): Die Juden und das Wirtschaftsleben, Leipzig

Stern, F (1991): Im Anfang war Auschwitz. Antisemitismus und Philosemitismus im deutschen Nachkrieg, Gerlingen

Zuschlag, C. (1995): „Entartete Kunst“. Ausstellungsstrategien im Nazi-Deutschland, Worms.

ANTISEMITISMUS IM RECHTSEXTREMISMUS

Wolfgang Freter

*Referatsleiter Rechtsextremismus,
Niedersächsischer Verfassungsschutz*

Sehr geehrte Damen und Herren, den theoretischen Rahmen hat Armin Pfahla- Traugber abgesteckt. Vor dem Hintergrund seiner Ausführungen werden sie einordnen können, was ich über konkrete antisemitische Erscheinungsformen im organisierten Rechtsextremismus referieren werde.

Die Ausführungen werden sich auf drei Bereiche konzentrieren. Zunächst soll beleuchtet werden, in welcher Form der Antisemitismus die Agitation und Propaganda der NPD bestimmt. Anschließend werde ich auf die Liedtexte rechtsextremistischer Musik eingehen, die in zum Teil drastischer Form antisemitische Hetze transportieren. Wir werden darüber diskutieren müssen, welche Bedeutung diese Form der antisemitischen Feindbildvermittlung für die Einstellung und das Handeln rechtsaffiner Jugendlicher hat. Ein dritter Schwerpunkt ist dem rechtsextremistischen Geschichtsrevisionismus gewidmet, also der Relativierung oder Leugnung der nationalsozialistischen Verbrechen. Insbesondere die Holocaust-Leugnung ist in diesem Zusammenhang anzuführen. Ich werde die von Revisionisten gegründete Europäische Aktion in den Mittelpunkt meiner diesbezüglichen Betrachtungen stellen, eine Organisation, von der in der Öffentlichkeit bislang noch wenig Notiz genommen wird, obwohl an ihrem Beispiel die derzeitige ideologische Entwicklung des Rechtsextremismus anschaulich aufgezeigt werden kann.

Meine Ausführungen werden sich an keiner wissenschaftlichen Definition des Begriffs Antisemitismus ausrichten, sondern sich ganz bewusst von dem leiten lassen, was Dieter Graumann, der Vorsitzende des Zentralrates des Juden in Deutschland, unter Antisemitismus versteht. Im Januar 2013 führte er im Nachrichten-Magazin Der Spiegel ein Streitgespräch mit Jakob Augstein, dessen Kommentare über die is-



raelische Politik er als antisemitisch eingefärbt bewertete. Auf die Frage des moderierenden Redakteurs, wie er Antisemitismus definieren würde, führte Graumann aus:

„Wer überall eine jüdische Weltverschwörung wittert oder ‚die Juden‘ für alle Übel im Zusammenleben der Völker verantwortlich macht. Wer Israel das Existenzrecht abspricht, es verteufelt oder seine Vernichtung in Kauf nimmt. Wer grobschlächtige Nazivergleiche anbringt, um israelische Politik zu verdammen.“¹

Diese Definition ist sehr aufschlussreich, wenn wir uns jetzt der NPD zuwenden.

Antisemitische Positionen der NPD

Die NPD – von dieser Aussage sind wir alle überzeugt – ist eine antisemitische Partei. In welcher Form kommt dies zum Ausdruck? Nicht so plakativ, wie die meisten von Ihnen vielleicht denken. Es ist nicht immer einfach, die antisemitischen Aussagen der NPD zu dechiffrieren. Im Bewusstsein des von Armin Pfahl-Traughber dargestellten anti-antisemitischen Konsenses verhält sich die NPD taktisch. In einem Leitfaden für Funktionäre gibt die Parteiführung Sprachregelungen für den Fall vor, dass Parteivertreter, z. B. an Infotischen in Wahlkämpfen, mit dem Vorwurf konfrontiert werden, die NPD sei eine antisemitische Partei. Die Parteivertreter sollten entgegnen:

„Was ist unter Antisemitismus zu verstehen? Die Kritik an jüdischen Interessenverbänden? Selbstverständlich nehmen wir uns das Recht heraus, die Großmäuligkeit und die ewigen Finanzforderungen des Zentralrates der Juden in Deutschland zu kritisieren. Juden unterliegen keinem Kritikverbot. Wir lassen uns von der Holocaust-Industrie, ein Wort des Juden Norman Finkelstein, sechzig Jahre nach Kriegsende moralisch nicht erpressen, politisch nicht bevormunden und finanziell nicht auspressen.“

Und Teil 2 der Antwort soll lauten:

„Antisemitismus meint wohl die Kritik an Juden? Selbstverständlich darf man auch Juden kritisieren. Der von jüdischer Seite seit sechzig Jahren betriebene Schuldskult und die ewige jüdische Opfertümelei muss sich kein Deutscher gefallen lassen. Es muss endlich Schluss sein mit der psychologischen Kriegsführung jüdischer Machtgruppen gegen unser Volk. Schließlich ist klar, dass die Holocaustindustrie mit mo-

¹ Der Spiegel, Nr. 3 v. 14.01.2013, S. 122.

ralischen Vorwänden die Deutschen immer nur wieder finanziell auspressen will.“ Anzumerken ist, dass mit diesen für die Position der NPD bezeichnenden Aussagen Juden aus der deutschen Bevölkerung ausgegrenzt werden. Deutsche jüdischen Glaubens scheint es für die NPD nicht zu geben.

Kommen wir nun zu konkreten Beispielen. Die folgenden Ausführungen basieren auf einer Auswertung von vier Jahrgängen der Deutschen Stimme, des Parteiorgans der NPD, in Hinsicht auf antisemitische und israelfeindliche Positionen. Allgemein lässt sich feststellen, dass antisemitische Aussagen keinen Schwerpunkt der Berichterstattung bilden. Das verwundert wegen des von der Parteiführung verordneten taktischen Verhaltens nicht. Andererseits gibt es aber auch kaum eine Ausgabe, die nicht zumindest implizit antisemitische oder israelfeindliche Stereotype enthält. Durch die permanente Wiederholung demaskiert sich die NPD als antisemitische Partei.

Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang die Berichterstattung über die Konflikte im Nahen und Mittleren Osten: „Der Risikofaktor ist Israel, nicht Iran“ in der „Dauerkrise im Mittleren Osten“, lautet die Antwort auf die Frage „Wer spielt mit dem Feuer?“² Der jüdische Einfluss, so suggeriert die Berichterstattung der Deutschen Stimme, dominiere die amerikanische Außenpolitik. Die USA führten im Interesse Israels Kriege in der Region. Israel und die USA, nicht Russland oder die arabischen Staaten, seien die Kriegstreiber. Das von der NPD häufig verwendete Kunstwort „US-rael“ soll den die US-Politik angeblich dominierenden jüdischen Einfluss polemisch zum Ausdruck bringen.



2 Deutsche Stimme, Februar 2012, S. 9.

Kritik an der solchermaßen gekennzeichneten Interessenallianz verstoße gegen den Common Sense der deutschen Politik und der deutschen Medien. Unter der Überschrift „Was nicht gesagt werden darf“ kommentiert die Deutsche Stimme die Auseinandersetzungen um ein Gedicht von Günter Grass, in dem der Schriftsteller die Lieferung deutscher U-Boote an Israel in einer Weise kritisierte, dass er sich selbst des Vorwurfs antisemitischer Tendenzen ausgesetzt sah, wie folgt:

„Der Angeklagte (von Günter Grass, d. V.) ist diesmal nicht das ‚weiße Herrenvolk‘ (USA oder auch die Bundesrepublik) sondern es sind die Juden. De facto gehört Israel zwar schon durch die enge Abhängigkeit von den USA zu den ‚weißen Völkern‘, doch spielen die Juden auf Grund der NS-Vergangenheit die Rolle des Berufsopfers und des unschuldig Verfolgten. Deshalb darf die gängige Kritik gegen den Westen auf Israel nicht angewandt werden. Selbst dann, wenn sie zutrifft. Da es auch in einer durchweg bösen Welt irgendetwas Gutes geben muss, wurde für das Publikum im 1945 installierten Welttheater an die Rolle der Juden vergeben.“

Verfasser des Artikels ist der frühere Berliner NPD-Vorsitzende Uwe Meenen, der sich gemeinsam mit Horst Mahler und Reinhard Oberlercher im Deutschen Kolleg engagierte. Das Deutsche Kolleg vertrat unter dem Einfluss Mahlers obsessiv antisemitische Positionen. Gemessen daran ist der Beitrag Meenens in der Deutschen Stimme – vermutlich aus taktischen Gründen – relativ zurückhaltend ausgefallen.

Der Artikel „Das Eigene erhalten das Andere achten“³, dem wir uns jetzt widmen wollen, verdeutlicht einen anderen Aspekt antisemitischer Diktion. Er relativiert den Holocaust und schmäht zugleich die Erinnerung an die Schoa. Das beigefügte Foto des Holocaust-Mahnmals trägt den Untertext „Dieser Erinnerungskult gehört nicht zur deutschen Identität“. Die NPD verwirft also expressis verbis die Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen als historischen Fixpunkt normativer Orientierung und setzt sich damit ganz bewusst in den Gegensatz zu allen demokratischen Parteien. Im Text wird hierzu näher ausgeführt:

„Seit dem Ende des kalten Krieges behauptet die politische Klasse ihre Identität, indem sie den faschistischen Buhmann und den ewig drohenden Antisemiten ständig wiederbelebt. Selbst wenn das antisemitische Schreckgespenst nicht in der Nähe ist, muss es neu erfunden werden, um dem liberalen System Glaubwürdigkeit zu

³ Deutsche Stimme, Februar 2013, S. 20f.

verleihen. Immer und immer wieder. Der Holocaust ist zu einer essentiellen Komponente der Identität der westlichen Welt geworden, die einen neuen quasi religiösen Symbolismus benötigt, den Holocaust-Kult.“

Wenn die NPD auf die Schoa eingeht, verwendet sie in der Regel den pejorativen Begriff „Holocaust-Kult“. Er soll sich im Sinne des von der NPD verfochtenen „Kampfes um die Köpfe“ durch ständige Wiederholung einprägen und einen Schlusstrich unter die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus ziehen. Der Autor fährt fort:

„2005 erklärte der deutsche Bundespräsident Horst Köhler in der israelischen Knesset, dass die Verantwortung für die Schoa Teil der deutschen Identität sei. Ähnlich auch der frühere Bundeskanzler Gerhard Schröder, der erklärte, dass die Erinnerung an die Schoa zu unserer Identität gehört. Man denke einmal genau darüber nach. Wörtlich genommen bedeutet das, dass man sich nicht selbst als Deutscher definieren könne, ohne die Rolle der Deutschen im Holocaust mitzudenken. Deutscher zu sein heißt, auf der Stirn mit dem Kains-Mal gebrannt zu werden.“

Eine perfide Schuldverschiebung: Die Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen und die Verpflichtung gegenüber den Opfern der nationalsozialistischen Barbarei macht die Deutschen aus Sicht der NPD selbst zu Opfern. Über die Qualen der Opfer des Holocaust hingegen fällt nicht ein einziges Wort.

Ein weiteres Beispiel: Ein Gespräch mit dem amerikanischen Psychologen Kevin MacDonald transportiert unter dem Anschein wissenschaftlicher Objektivität verschiedene antisemitische Stereotype und verbindet hiermit fremdenfeindliche Positionen im Sinne des ethnopluralistischen Ansatzes. MacDonald, der unter Fachkollegen als wissenschaftlicher Außenseiter gilt, vertritt die These von einem jüdischen Ethnozentrismus, der das Judentum im Verlaufe der Geschichte weltweit einflussreich haben werden lassen. Obwohl die Europäer für den Individualismus anfällig seien, müssten sie versuchen dem jüdischen Ethnozentrismus nachzueifern. MacDonald empfiehlt den Europäern sich an der Einwanderungspolitik Israels ein Beispiel zu nehmen. Die Europäer müssten „verstehen, dass die Einwanderung von Nichteuropäern gegen ihre Interessen verstößt und auf lange Sicht für die Europäer desaströse Folgen haben wird.“⁴

Die antisemitische Grundeinstellung MacDonalds offenbart sich in den folgenden

⁴ *Deutsche Stimme, Juni 2013, S. 3.*

Interviewpassagen. Nach dem Zionismus gefragt, äußert er:

„Das Problem mit dem Zionismus (...) ist in erster Linie die Tatsache, dass die zionistischen Netzwerke die Außenpolitik dominieren, ganz besonders in Amerika, mit dem Ergebnis, dass der Westen in kostspielige und unnötige Kriege im mittleren Osten hineingezogen wird.“

MacDonald krönt seine für den Antisemitismus typische verschwörungstheoretische Sichtweise mit der Behauptung, „dass es gewaltige Bestrebungen gibt, jede ehrliche und fundierte Kritik am Einfluss der jüdischen Lobby zu verhindern. (...)“

Antisemitismusvorwürfe sind ein probates Mittel, genau solche Diskussionen zu unterdrücken und Leute wie mich zu marginalisieren. In vielen europäischen Ländern werden freie Diskussionen über die Macht und den Einfluss des organisierten Judentums als Hassverbrechen bezeichnet. Bei ihnen heißt dies Volksverhetzung“. Als Fazit lässt sich festhalten, dass das Gespräch mit MacDonald in exemplarischer Weise verdeutlicht, wie eine antisemitische Grundposition als Israel-Kritik camoufliert werden kann.

Der an Ernst Nolte anknüpfende Beitrag „Der Holocaust vor dem ‚Holocaust‘“⁵ zielt auf eine Relativierung der Schoa durch einen Vergleich mit dem Genozid an der armenischen Bevölkerung im Osmanischen Reich, der als eigentlicher Holocaust bezeichnend werden könne, weil Armenier bei lebendigen Leib verbrannt worden seien, während den Verbrennungen von Juden der Tod in Gaskammern vorangegangen sei. Die Perfidie der Argumentation setzt sich fort mit der Behauptung, „dass die Armenier im Gegensatz zu den Juden nicht die Möglichkeit hatten, vor Beginn der Gräueltaten das Land zu verlassen.“ Ein Kommentar dieser Rabulistik des Grauens erübrigt sich.

In ähnlich perfider Weise kommentiert die Deutsche Stimme den Tod von Marcel Reich-Ranicki. Kein Wort über das Schicksal seiner Familie während der nationalsozialistischen Herrschaft. Reich-Ranicki überlebte das Warschauer Ghetto. Seine Eltern und sein Bruder wurden von den Nationalsozialisten ermordet. Statt hierauf einzugehen, schürt die Deutsche Stimme den Verdacht, Reich-Ranicki selbst habe womöglich Verbrechen begangen:

„Wir wollen nicht vergessen, dass Reich-Ranicki nach dem Krieg eine Karriere beim

5 Deutsche Stimme, Februar 2012, S. 24.

polnischen Geheimdienst hinlegte, unter anderem der polnischen Militärmission in Berlin angehörte und Leiter der operativen Abteilung des polnischen Geheimdiensts im oberschlesischen Kattowitz war. Ob und in welchem Ausmaß der später gezeigte Literaturkritiker damals an Massenmorden an Deutschen beteiligt war, bleibt ein Geheimnis, das Reich-Ranicki mit ins Grab genommen hat.“⁶

Auch hier erübrigt sich jeder Kommentar.

Bleibt noch anzufügen, dass sich die antisemitische Haltung der Deutschen Stimme auch in der Symbolsprache offenbart. Zwei Beispiele mögen dies veranschaulichen. Im ersten Fall wird das Bild des geldgierigen Juden heraufbeschworen, in dem ein Stapel Geldscheine auf der Titelseite mit dem Davidsstern abgebildet wird.

DS Deutsche Stimme
 | Monatszeitung für Politik und Kultur | Dezember 2010 | € 3,00 | Nr. 12/10 | 35. Jahrgang | F 13514

«Befreiung ist möglich!»
 Die Deutsche Stimme sprach mit dem dem Holocaust-Kernner und Publizisten Richard Melisch Seite 3

Intoleranz als Prinzip
 Der Islam ist keine friedliche Religion – was Abendländer wissen sollten Seite 9

Einmal im Jahr in der heiligen Nacht...
 Das innigste der Jahresfester: Weihnachten – und was dahinter steckt Seite 24

Schöne Bescherung bei der Jüdischen Claims Conference:

MILLIONENBETRUG mit erfundenen Opfergeschichten!

Holocaust-Entschädigte beklaun sich gegenseitig

Überrascht kann niemand sein. Schon 2001 schilderte Herman Finkeles in seinem Buch Die «Holocaust-Industrie» den Mißbrauch von Entschädigungsgeldern. Ausgelochte Anwälte klagten massenhaft Gelder für ihre Kunden ein, um dann die Hälfte zu behalten.

Uwe Meenen

Obwohl die Verunstreuung von Geldern Tradition hat, wurde nichts dagegen unternommen. Zahlen und Maul halten, so kennt man die volksfernen BRD-Politiker, die bereits seit Jahresanfang von dem Skandal wußten. Passend zum 9. November wurde nun in New York nach Ermittlungen der US-Bundespolizei FBI endlich einmal Anklage erhoben, weil die Gauner es gar zu bunt trieben.

Mittels gefälschter Dokumente hätten nach Angaben der Staatsanwaltschaft angebliche Opfer des Nationalsozialismus sich Entschädigungen erschlichen. Mancher, der sich als leidendes Opfer darstellte, wurde erst nach 1945 geboren. Da steht wohl zu befürchten, daß sich die Opfereigenschaft weitervererbte – gar bis ins zehnte Glied? Die Rede ist von ungefähr 42 Millionen Dollar, das sind ungerechnet 30,5 Millionen Euro, die an unberechtigte Personen in den letzten 16 Jahren ausgezahlt wurden.

Die neue Qualität der Gaunereien ist dabei, daß einige Betrüger Mitarbeiter der ICC sind, deren Aufgabe es ist, das Geld zu verteilen. Bereits entlassen wurde ein ehemaliger Fonds-Direktor. Es waren zwei durch die Jewish Claim Conference (JCC) verwaltete Geldtöpfe betroffen: der »Fonds für Härtefälle«, der Einmalzahlungen von 2556 Euro an Betroffene leistet, gab demnach rund 18 Millionen Dollar auf Grundlage von nahezu 5000 betrügerischen Anträgen. Aus dem »Artikel 2 Fonds« wurden laut Staatsanwaltschaft in 658 Fällen insgesamt 24,5 Millionen Dollar veruntreut, hier werden unter anderem Renten bezahlt.

Ob auch die über 5500 Antragsteller mit juristischen Konsequenzen rechnen müssen, die sich die Gelder aufgrund falscher Angaben ergaunert haben, ist unklar. Frecherweise wird hier noch groß herausgestellt, daß einer der Antragsteller gar kein Jude sein soll. Siebzehn mutmaßliche Betrüger wurden bereits festgenommen, davon sechs Mitarbeiter der ICC.

Diese aber hat die Chuzpe, sich noch als Opfer darzustellen und rühmt sich ihrer Aufklärungsarbeit. Die Juden-Organisation erklärte, daß »rechtmäßigen jüdischen Antragstellern« keine Nachteile entstanden seien. Wie berühmte; geschädigt ist also wieder einmal allein der deutsche Steuerzahler.

6 Deutsche Stimme, Oktober 2013, S. 5.

Im anderen Fall werden ein Paragraphenzeichen und der siebenarmige Leuchter ineinander verschlungen dargestellt, um aus Anlass des Holocaust-Gedenktages zu symbolisieren, dass die deutsche Rechtsprechung von jüdischen Interessen dominiert ist.



Bei diesen Beispielen will ich es belassen. In ihrer Kontinuität weisen sie die NPD als eine Partei aus, die von einem antisemitischen Grundkonsens ihrer Mitglieder getragen wird. In der zynischen, Individualrechte negierenden Berichterstattung der Deutschen Stimme dominiert die Sprache des Inhumanen. Der Holocaust ist für die NPD ein Begriff, mit dem sie taktisch operiert. Ein Wort des Mitgeföhls für die Opfer der nationalsozialistischen Verbrechen sucht der Leser vergebens. Im Gegenteil, Juden werden als Profiteure eines angeblichen Holocaust-Kults dargestellt. Vor diesem Hintergrund offenbart die Berichterstattung über die israelische Politik ihren antisemitischen und verschwörungstheoretischen Kern. Die Beiträge suggerieren, dass der jüdische Staat durch seinen Einfluss auf die USA die internationale Politik beherrscht. Israelische Sicherheitsinteressen und Existenzängste bleiben konsequenterweise unerwähnt.

So deutlich die antisemitische Grundhaltung der NPD bei näherem Betrachten hervortritt, so wenig bestimmt der Antisemitismus wegen des in der deutschen Gesellschaft und Politik verankerten anti-antisemitischen Konsenses die Kampagnenfelder der Partei. Islamfeindliche Kampagnen und die Agitation gegen Asylbewerber versprechen eine größere Anschlussfähigkeit. Entsprechend deutlich ist die Berichterstattung der Deutschen Stimme:

»Das nächste 1989 wird kommen!«
Die Deutsche Stimme im Gespräch mit dem Historiker und Publizisten Dr. Hans Meiser **Seite 3**



Ist er weg?
Nach dem Rücktritt ist vor dem Comeback-Gottesbergs Aufrag ist noch nicht erledigt **Seite 10**



Rebellion statt Rausch!
Jugend braucht Visionen – Alkohol- und Drogenexzesse ändern nichts **Seite 14**



NEIN IHR GEHÖRT NICHT DAZU!



Eine Binsenweisheit zur Amtseinführung – aber wo der Innenminister recht hat, hat er recht

Wir wollen nicht wählerisch sein, und wenn es dazu dient, eine bundesdeutsche Lebensliga ins Bewusstsein zu rufen, tut es zur Not auch ein CSU-Minister.
■ Karl Richter
Der neue Bundesinnenminister heißt Hans-Peter Friedrich und kommt von der CSU – das ist die Partei, die sich

zwar in ihrem Logo christlich nennt, sich davon aber ansonsten längst genauso verabschiedet hat wie alle anderen Parteien auch. Auch der frühere bayerische Ministerpräsident Günther Beckstein war CSU-Mann – er rühnte sich dafür, in seiner Heimatstadt Nürnberg türkische Kinder an Schulen und Kindergärten besonders zu fördern. Und in der bayerischen

Landeshauptstadt München macht die CSU mit Grünen und Roten gemeinsame Sache, damit die »Weltstadt mit Herz« so bald als möglich das längst überfällige islamische Großzentrum bekommt.
Was will man von solchen Leuten erwarten? Richtig. Auch die Feststellung, daß der Islam nicht zu Deutschland gehört, ist eine Binsenweisheit erster Güte. Nur

Verblendete oder Bösrartige können das Jahr 1683, als türkische Kulturüberträger zum letzten Mal vor Wien standen und die Messer wetzten, für den Beginn einer wunderbaren Freundschaft halten.
Zwei Völker, zwei Wege
Gut deuchtend Jahre später steht der Islam nicht mehr außerhalb der Mauern, son-

dern er hat sich längst drinnen breitgemacht. Aber dazugelächert – das will er selbst nicht, der türkische Staatspräsident Erdogan hätte jüngst in Düsseldorf nicht deutlicher sein können.
Unser Weltweit – und speziell die Deutschen, die jahhundertlang in blutiger Nachbarschaft zum Islam lebten – hat in den zurückliegenden eineinhalbtausend

Jahren eine einzigartige, unverwechselbare Kultur hervorgebracht, die noch heute prägend ist und um die die Welt beneidet. Der Islam hat nichts zu ihr beigetragen.
Belassen wir es also dabei, wie es immer war: zwei Völker, zwei Wege, zwei Welten. So fällt das Abschiedsbehem leichter, wenn es demnachst so weit ist.

■ IN DIESER AUSGABE

DEUTSCHLAND Danke, Herr Erdogan!	Seite 5
WIRTSCHAFT Der erschwindelte Aufschwung	Seite 7
GESELLSCHAFT Wo bleiben die »kleinen Leute«?	Seite 8
WELTSPiegel Kommt Krieg?	Seite 9
AUS DEN PARLAMENTEN Pastors statt Sarrazin	Seite 11
PARTEI UND BEWEGUNG Ja, wir sind anders!	Seite 16
GEISTIGE WELT »Symbol der Symbole«	Seite 21
TRIBÜNE Hipster Hitler	Seite 27

Angriff auf den Dollar

China läutet das Ende des »Greenback« ein

Die größten Wahrheiten, weißte Nietzsche, kommen auf Tausendfüßen daher. Es wundert deshalb auch nicht, daß man über eine der wichtigsten Weichenstellungen auf dem internationalen Finanzparkett zumindest den hiesigen »Qualitätsredakteuren« nichts zu entnehmen war.
Die Rede ist von der Ankündigung der Pekinger Notenbank, der zufolge der gesamte chinesische Außenhandel noch im laufenden Jahr in der eigenen Währung Yuan abgewickelt werden kann. Diese Ankündigung ist nichts weniger als der lange erwartete Frontal-

angriff der Chinesen gegen die weltweite Vormacht des Dollars.
Finanzexperten hatten die chinesische Maßnahme schon länger erwartet, doch nun brachte die Politik der US-Notenbank FED, die weltweiten Finanzmärkte mit Milliarden frischer Dollars zu fluten, das Faß zum Überlaufen. Für alle Länder, die den Dollar als Reservewährung nutzen, ist das Anwerfen der

amerikanischen Notenpresse die reine Katastrophe.
Das Reich der Mitte zeigt jetzt die Notbremse und schießt sich an, kurzerhand aus dem Dollar auszusteigen. Mehr noch: durch die Ankündigung der freien Konvertierbarkeit des Yuan soll die chinesische Währung ihrerseits in die Rolle einer Welt-Reservewährung versetzt werden – und dem Dollar ihren Rang streitig machen.
Die chinesische Zentralbank teilte Anfang März lapidar mit: »Die Marktnachfrage nach einer grenzüberschreitenden Verwendung des Yuan steigt.«



Absehbares Verfallsdatum: US-Dollar

Fortsetzung auf Seite 2

Zur Sache Jetzt anpacken!

Das politische Gerüst der südlichen Mittelmeer an anrainerstaaten gerät ins Wanken. Zugleich wird in dieser Region in den nächsten Jahrzehnten mit einem Bevölkerungszuwachs von 150 Millionen Menschen gerechnet. Gleichzeitig benötigen ab dem 1. Mai 2011 Mittel- und Osteuropa keine Arbeitskräfte mehr, wenn sie in Deutschland arbeiten wollen.
Das ist der Anfang einer Völkerveränderung von noch nie dagewesenen Ausmaß. Für das etablierte Überfremdungskapital sind diese Herausforderungen nicht existent. Die existenzbedrohenden Probleme für unser Volk werden größer, während die



Eckart Bräuninger
Organisationsleiter
DS-Verlag

zu ihrer Lösung verbleibende Zeitspanne täglich schrumpft. Wenn sich die SPD in diesem Jahr den verschiedenen Wahlen stellt, geschieht das aus Sorge um die Existenzsicherung unseres Volkes.
Der Deutsche Stimme-Verlag wird diesen politischen Kampf unterstützen – redaktionell, über eigene Informations- und Produktkampagnen, Veranstaltungen und Themensetzungen, gemeinsam mit vielen Kameraden aus dem In- und Ausland.
Geht uns das nicht, ist dies der endgültige und nicht mehr umkehrbare Untergang unserer Nation. Wir müssen uns ihm in den Weg stellen.

Jetzt reicht's!



www.npd-nrw.de

NPD
Die Nationalen



Spitzenkandidat
Claus Cremer im Gespräch über Alternativen für NRW

Seite 2



Afghanisten
Holt unsere Jungs zurück!

Seite 3



Gesundheits-„Reform“
Benachteiligung mit System

Seite 4



Skandal
Bundesagentur für „Arbeit“ will Kindergelderhöhung von Hartz-IV-Empfängern zurück

Seite 4

Verdrängt uns der Islam?



Die NPD ist dagegen – unterstützen Sie uns!

Multikulti-Lobbyisten jubeln, die meisten Medien ebenfalls, „Integrations“-Befürworter sowieso: „Der Islam verläßt die Hinterhöfe“, bereichert unsere Städte mit immer neuen Moscheen. Islamische Gebetshäuser und Kulturreichtungen schießen wie Pilze aus dem Boden.

Aber: Müßen wir uns über so viel islamische „Bereicherung“ wirklich freuen? Die nachfolgenden Fakten sprechen für sich:

» Sozialwissenschaftler wissen seit langem, daß spätestens um das Jahr 2040 in allen (allen!) mitteleuropäischen und größeren deutschen Städten die Bevölkerungsmehrheiten kippen. Aus heute noch deutschen Mehrheiten werden dann deutsche Minderheiten. Der Großteil der künftigen Bevölkerungsmehrheit mit „Migrationshintergrund“ sind Muslime.

» Islam-Experten wissen es, auch wenn es kaum einer laut sagt: Der Islam ist eine inno-

lerante, aggressive Religion. Einmal zur Macht gelangt, können Unterworfenen froh sein, wenn sie mit dem Leben davorkommen. Ausgrenzung, Diskriminierung und Drangsalierung sind noch das Mindeste, was auf frisch islamisierte sukumts – demnächst auch in Deutschland?

Wir wollen nicht, daß aus Deutschland ein islamisches Land wird. Aber dafür müßen wir heute etwas tun, so lange noch Zeit ist. Das hat nichts

mit „Rassismus“ oder „Ausländerfeindlichkeit“ zu tun, sondern mit dem Bekenntnis zum eigenen Land, zur eigenen Kultur.

Nur die NPD steht dafür ein, daß Deutschland auch in Zukunft deutsch bleibt und der Islam nicht demnächst zur Staatsreligion wird. Deshalb:

Am 9. Mai NPD wählen!
Mehr Fakten zum Thema Islam finden Sie unter:
www.npd.de/html/1064/

09.05.2010 - Landtagswahl in NRW
Liste 5 – NPD wählen!



Antisemitismus in der rechtsextremistischen Musik

Die rechtsextremistische Musik hat sich im Zuge der 1980er Jahre als eigenständiger Bereich des Rechtsextremismus etabliert. Antisemitische Texte gehören seit Beginn zum Genre. Die Bandbreite reicht von eliminatorischen Phantasien bis hin zu subtileren Formen des Antisemitismus. Der über das suggestiv wirkende Medium Musik transportierte Antisemitismus entfaltet, so muss befürchtet werden, gerade bei jüngeren Rechtsextremisten, eine besondere Wirkung.

Für den eliminatorischen Antisemitismus steht beispielhaft das zur Melodie eines bekannten Ulksongs von Mike Krüger intonierte Lied „Giftgas“ von der CD „Geheime Reichssache“ der Gruppe Kommando Freisler, das den folgenden zynischen Refrain enthält:

„Ja man muss zuerst das Giftgas in die Kammer füllen. Und um das Ganze einen schicken Schleier hüllen. Mit 'ner Brause und 'nem Abfluss, wie 'ne Dusche sieht das aus. Und fertig ist der Holocaust.“

Mit dem Cover ihrer CD „Herrenrasse“ stellte sich die Band „Macht und Ehre“ auf den ersten Blick sichtbar in die ideologische Tradition des historischen Nationalsozialismus. Das Bild auf dem Cover ist der nationalsozialistischen Lesebibel „Trau keinem Fuchs“ entnommen. Die Titel der Lieder sprechen für sich. Bereits kurz nach Erscheinen der CD im Jahr 1997 verfügte das Amtsgericht Winsen einen Allgemeinen Einziehungsbeschluss wegen des volksverhetzenden Charakters der CD.



Häufiger als solche die Opfer des Holocaust verhöhnenden Lieder, denen eliminatorische Phantasien zugrunde liegen, finden sich Beispiele für sekundäre Formen des Antisemitismus nach dem Muster der Berichterstattung in der Deutschen Stimme. Verdeutlichen lässt sich dies an den Liedern „Schattenregierung“ der Band Die Lunikoff-Verschwörung und „Ihr wahres Ich“ der Band Sturm 18. In beiden Fällen bedient man sich des Stereotyps von der jüdischen Weltverschwörung. Der Refrain des Liedes „Schattenregierung“ lautet:

„Das ist die Schattenregierung – die geheime Weltmacht. Über dem Erdball senkt sich die Nacht. Die Schattenregierung ohne Pardon – die Wahnsinnigen vom Berge Zion.“

Sturm 18 beschwört das Szenario von einer jüdisch gesteuerten US-amerikanischen Weltherrschaft:

„Sie foltern und sie morden sich, quer durch die Jahrzehnte, weil man sich auf ihrer Seite unantastbar wähnte. Das Völkerrecht wird ausgelegt, wie es ihnen nützt. Und jeder wird mundtot gemacht, der sie nicht unterstützt. USrael und seine Schergen an jedem Brandherd dieser Erden haben sie ihre Finger drin, es geht um Macht und um Gewinn.“

Die Reihe der Beispiele ließe sich mit zahlreichen weiteren Liedtexten fortsetzen. Die Musik ist innerhalb des Rechtsextremismus das wirksamste Mittel zur Verbreitung antisemitischer Hetze. Nüchtern müssen wir feststellen, dass dieser Art der Verbreitung des Antisemitismus im Zeitalter des Internets kaum Einhalt geboten werden kann. Gerichtliche Einziehungsbeschlüsse oder Indizierungen durch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien erschweren lediglich das kommerzielle Geschäft mit rechtsextremistischer Musik, können aber jederzeit unterlaufen werden. Es führt deshalb kein Weg daran vorbei, sich im Rahmen der Präventionsarbeit mit den fremdenfeindlichen, rassistischen und antisemitischen Liedtexten rechtsextremistischer Bands auseinanderzusetzen. Der Niedersächsische Verfassungsschutz tut dies, indem er Schüler und Schülerinnen in seiner Ausstellung mit rechtsextremistischer Musik konfrontiert und mit ihnen – das ist unverzichtbar – über den fremdenfeindlichen Charakter der Liedtexte diskutiert, um für die Gefahren zu sensibilisieren.

Gerade am Beispiel der rechtsextremistischen Liedtexte kann exemplarisch aufgezeigt werden, wie tief antisemitische Stereotype in der Bevölkerung verwur-

zelt sind. Rechtsextremistische Musik wird von einer jüngeren, Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg geborenen Generation produziert. Diese Personen bedienen sich der tradierten antisemitischen Stereotype von der jüdischen Weltverschwörung, vermutlich ohne dass sie in ihrem Leben jemals überhaupt mit einem Juden in Berührung gekommen sind. Rechtsextremisten können mit diesen Stereotypen ihr zynisches Spiel treiben, weil sie wissen, dass diese Anspielungen verstanden werden. Wenn der Begriff „amerikanische Ostküste“ fällt, würden vermutlich viele Zuhörer hier im Raum damit ganz automatisch jüdische Einflussnahme assoziieren. Das zeigt, dass sich der Antisemitismus als Vorurteilsstruktur über die Jahrhunderte hinweg tief in das Bewusstsein der Bevölkerung eingegraben hat. Vor diesem Hintergrund sind Präventionsmaßnahmen gegen den Antisemitismus als Daueraufgabe zu verstehen. Die Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Kampagnen ist im Vergleich dazu einfacher und erfolgversprechender.

Rechtsextremistischer Geschichtsrevisionismus und Antisemitismus

Rechtsextremistischer Geschichtsrevisionismus – die Leugnung der nationalsozialistischen Verbrechen oder ihre Exkulpation durch relativierende Vergleiche – steht immer in Verbindung mit antisemitischen Aussagen. Die Nachkriegsgeschichte des Rechtsextremismus in Deutschland ist geprägt von entsprechenden Positionen und hierauf ausgerichteten Organisationen. Mit zeitlicher Ferne zum Zweiten Weltkrieg hat der Geschichtsrevisionismus zwar an Bedeutung verloren, dennoch bestimmt er weiterhin das historische Selbstverständnis des Rechtsextremismus. Die ideologische Kontinuität kann beispielhaft an der 2010 gegründeten Europäische Aktion aufgezeigt werden, in der Personen aus dem Kreis der verbotenen rechtsextremistischen Organisation „Vereinigung zur Rehabilitierung der wegen des Bestreitens des Holocaust Verfolgten“ (VRBHV) eine entscheidende Rolle spielen. An der Spitze der nach eigenen Angaben in verschiedenen europäischen Staaten präsenten Organisation steht der Schweizer Staatsbürger Bernhard Schaub. Die niedersächsischen Rechtsextremisten Dr. Rigolf Hennig aus Verden und Arnold Höfs aus Springe fungieren als Gebietsleiter Deutschland bzw. Schatzmeister der Organisation. und mit zu dem Führungskreis dieser Organisation gehören aus Niedersachsen und Arnold Höfs, der erst vor einer Woche zu einer Gefängnisstrafe von zehn Monaten ohne Bewährung verurteilt worden ist. Zum Führungskreis gehört auch Ursula Haverbeck-Wetzel, eine mehrfach strafrechtlich belangte Holocaustleugnerin, die 2013 an der Spitze des von Neonazis durchgeführten so genannten Trauermarsches in Bad Nenndorf marschiert ist.



Schaub und Höfs haben 2006 an der vom damaligen iranischen Staatspräsidenten Ahmadinedschad initiierten Teheraner Holocaust-Konferenz teilgenommen. Bereits im Zusammenhang mit den Ausführungen über die NPD wurde deutlich, dass Staaten wie Syrien und Iran, die sich im Konflikt mit Israel befinden, gerade deshalb von Rechtsextremisten positiv gesehen werden. Der Antisemitismus bildet die Klammer dieser unheiligen Allianz. Nicht überraschen darf, dass in der Europäischen Aktion Revisionisten aus verschiedenen europäischen Ländern vertreten sind. Der rechtsextremistische Geschichtsrevisionismus hatte immer schon eine europäische Dimension. Wichtige revisionistische Autoren kamen aus Frankreich, England oder Belgien.

Der bereits angesprochene Arnold Höfs hat in einem von ihm so genannten Faktenspiegel aus seiner Sicht wissenschaftlich fundierte Dokumente zusammengestellt, die belegen sollen, dass der Holocaust nicht in der Form stattgefunden haben kann, wie er von der seriösen Geschichtsschreibung dargestellt wird. Aufgrund einer pseudowissenschaftlichen „Beweisführung“ kommt Höfs zum Schluss, dass es im Konzentrationslager Auschwitz weniger als 130.000 Tote gegeben haben müsse. „Zieht man die 34.500 Opfer der drei Fleckfieber-Epidemien ab, liegt die Zahl der ‚natürlich‘ Verstorbenen unter 100.000.“ Höfs resümiert:

„Auch die Zahl von 6,7 Millionen überlebenden Juden in Europa sowie die amerikanischen Angaben darüber, dass die jüdische Weltbevölkerung nach dem Krieg höher war als vor dem Krieg, spricht eindeutig gegen Judenvernichtungen in großem Stil. Der einfachste Weg zur Wahrheitsfindung ist Zählen, Messen, Wiegen. Die durch alle Veröffentlichungen bekannt gemachten Zahlen bzw. die Anwendung der Rechenregeln von Addition und Subtraktion sprechen eine sehr deutliche Sprache.“⁷

7 Arnold Höfs (alias Herbert Hoff): Faktenspiegel VII. Dokumentation zum Thema Holocaust, S. 12.

Der zweite Protagonist der Europäischen Aktion aus Niedersachsen, Dr. Rigolf Hennig, steht zugleich der rechtsextremistischen Kleinorganisation Freistaat Preußen als „Staatspräsident“ vor. Organ des Freistaats ist die Publikation „Stimme des Reiches“, deren Beiträge offen antisemitische mit revisionistischen Positionen verbinden. Im Beitrag „Das Ende des jüdischen Jahrhunderts“ beruft sich Hennig auf eines der ältesten Dokumente antisemitischen Verschwörungsdenkens, die Protokolle der Weisen von Zion:

„Der Historiker Yuri Slezkine, russisch-jüdischer Herkunft, nennt das 20. Jahrhundert das jüdische Jahrhundert. Das stimmt, es begann mit dem Protokoll der Weisen von Zion. Es ist völlig belanglos, dass diese jüdischerseits als Fälschung bezeichnet werden und wurden. Um das beweisen zu können, hätten sie ein ungefälschtes Original oder andere Verfasser präsentieren müssen. Dies ist bis heute nicht geschehen. Stattdessen können wir vom Beginn des 21. Jahrhunderts aus die Verwirklichung dieser in den Protokollen dargestellten Vorgehensweisen Schritt für Schritt feststellen. Es geht um die Verwirklichung der NWO, der Neuen Weltordnung durch das auserwählte Volk. Es geht auch um die Zerstörung Deutschlands.“

Die Protokolle der Weisen von Zion leben im Rechtsextremismus also fort. Horst Mahler widmet ihnen ein Kapitel in seinem im Gefängnis verfassten Buch „Das Ende der Wanderschaft, Gedanken über Gilad Atzmon und die Judenheit“. Auf das sehr spezielle antisemitische Denken Mahlers, der an der Dialektik Hegels orientiert ein judaistisches und ein antijudaistisches Prinzip in der Auseinandersetzung sieht, will ich an dieser Stelle nicht näher eingehen. Mahler hatte solche Positionen bereits vor Jahren als Theoretiker des Deutschen Kollegs vertreten und entsprechende Schulungsveranstaltungen angeboten.



Fazit

Die Ausführungen haben verdeutlicht, dass der Antisemitismus unverändert ein zentrales Ideologieelement des Rechtsextremismus bildet. Mittlerweile steht die sekundäre Form des Antisemitismus im Vordergrund der Agitation. Dies gilt in besonderer Weise für die Propaganda der NPD, die sich als Partei in der öffentlichen Darstellung aus wahltaktischen Gründen Zurückhaltung auferlegt und ihre antisemitische Grundposition zumeist in Kritik an Israel einkleidet. Eliminatorisches antisemitisches Denken findet sich vor allem in den Liedtexten rechtsextremistischer Bands. In besonders drastischer Weise machen rechtsextremistische Geschichtsrevisionisten die Opfer des Holocausts ein zweites Mal zu Opfern, indem sie die historischen Fakten leugnen oder die Erinnerung an den Holocaust ins Lächerliche ziehen.

Welche Schlussfolgerungen sind hieraus für die Präventionsarbeit zu ziehen?

Wir müssen die Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus offensiv führen, dürfen uns dabei aber keiner Illusion hingeben. Es ist nicht einfach, eine Vorurteilsstruktur zu überwinden, die sich über Jahrhunderte manifestiert hat. Sie wird durch die Form des sekundären Antisemitismus unterschwellig, auf den ersten Blick nicht immer leicht erkennbar angesprochen. Hierfür muss im Rahmen von Präventionsmaßnahmen sensibilisiert werden.

In der Sozialwissenschaft gilt die Kontakthypothese als eine der wenigen Methoden mit nachgewiesener Wirkung in der Rechtsextremismusprävention. Kontakthypothese bedeutet, Menschen aus unterschiedlichen sozialen oder religiösen Gruppen gezielt miteinander ins Gespräch zu bringen, um durch den Kontakt die Angst vor dem Fremden, vor dem Nichtvertrauten abzubauen. Mitarbeiter unserer Behörde haben im letzten Jahr bei einem Besuch der Liberalen Jüdischen Gemeinde vieles über jüdisches Leben und die Situation von Juden in Deutschland gelernt. Ich denke, solche Kontakte sind der beste Weg, um Vorurteile abzubauen und Verständnis zu fördern.

IMPORTIERTE VERACHTUNG ODER ISLAMISIERTER ANTISEMITISMUS

Lamya Kaddor

Islamwissenschaftlerin, Islamische Religionspädagogin und Autorin

Über den Antisemitismus und die Islamfeindlichkeit in Deutschland ist viel geschrieben und gesagt worden. Schauen wir also auf ein relativ junges Phänomen in unserem Land: den muslimischen Antisemitismus. Muslimischer Antisemitismus ist traurige Realität, wie auch der abscheuliche Überfall auf Rabbiner Daniel Alter vermutlich durch arabischstämmige Jugendliche gezeigt hat. Ende August 2012 war er in Berlin im Beisein seiner kleinen Tochter auf offener Straße zunächst beleidigt und dann tödlich angegriffen worden, als er die Frage, ob er Jude



sei, mit Ja beantwortete. Die Betrachtung des Phänomens „muslimischer Antisemitismus“ ist nicht ganz einfach. Das liegt hauptsächlich daran, dass es in Deutschland zugleich eine Stellvertreterfunktion einnimmt, um nämlich von antisemitischen Stereotypen in der Mehrheitsgesellschaft abzulenken. Muslimischer Antisemitismus lässt sich in Zeiten der Islamkritik leicht zum Thema machen. Das nutzen nicht nur Islamfeinde und rechtskonservativer Kreise für ihre Interessen. Im Grunde bietet sich mit dem Fingerzeig auf Muslime für jeden eine Chance, die Last des Nationalsozialismus ein Stück weiter von den Schultern der Deutschen wegzunehmen.

Die Virulenz des Themas lässt sich vermeintlich eindeutig beweisen. De facto ist der muslimische Antisemitismus in Deutschland ein Randphänomen. Im zweiten Quartal 2012 gab es laut Antwort der Regierung auf eine Bundestagsanfrage 197 Straftaten mit „antisemitischen Hintergrund“. Acht wurden von „Ausländern“ verübt (das Bundesinnenministerium schlüsselt nach Rechts, Links und Ausländern auf), 182 von Rechts! Zum Vergleich: im gleichen Zeitraum 2011 waren es 215 Straftaten, davon 206 von Rechtsextremen und zwei von „Ausländern“. Anfang 2012 veranlasste eine Erhebung die Bild Zeitung zu der Schlagzeile neue Schock-Studie: 20 % der deut-

schen latent antisemitisch. 20 % von 82 Millionen Deutsche sind 16,4 Millionen Menschen in Deutschland leben 4-5 Millionen Muslime und nicht alle sind antisemitisch.

Trotz allem müssen wir uns fragen, warum Hitlers „Mein Kampf“ oder die „Protokolle der Weisen von Zion“ unter Muslimen heute gesteigerte Nachfrage genießen, denn das ist zweifelsfrei so. Dass der Nahostkonflikt dafür eine Hauptursache ist und dass die Hasstexte vor allem von dort involvierten Akteuren verbreitet werden, dürfte niemanden überraschen. Diese politische und nicht originär religiöse Auseinandersetzung um Israel ist zugleich Hauptursache für muslimische Feindseligkeiten gegenüber Juden in Deutschland.

„Du Jude“ - diese Worte fallen oft gedankenlos. Sie sind dann Teil der Jugendsprache und belegen nicht automatisch eingefleischten Antisemitismus. Viele muslimische Jugendliche, vor allem mit arabischen Wurzeln, nehmen Juden auch nicht in erster Linie als Opfer wahr, sondern wegen Teilen der israelischen Politik als Vertreter einer Besatzungsmacht. Ein Großteil der muslimischen Jugendlichen lebt vielfach in prekären sozialen Verhältnissen. Mitunter sind sie selbst oder ihre eingewanderten Familien Teil jahrelanger gewalttätiger Konflikte gewesen, weshalb sie sich häufig als Opfer sehen. Das alles bewirkt einen unterschiedlichen Umgang mit Juden und Judentum. Abstrakt bedeutet das zunächst: hier geht es um gesamtgesellschaftliche Entwicklungen. Und genau dort muss man beginnen, und ihnen etwas entgegensetzen. Heute entspringt Antisemitismus sozialpsychologisch gesehen derselben Quelle wie Islamfeindlichkeit, Rassismus und andere Spielarten gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Sie sind somit eine gemeinschaftliche Herausforderung.

ANTISEMITISMUS IM LINKSEXTREMISMUS

*Prof. Dr. Micha Brumlik,
Erziehungswissenschaftler
und Publizist, Zentrum für
Jüdische Studien Berlin-Brandenburg*

Was heißt heute (!) : „linker Antisemitismus?“

1. Was „linker“ Antisemitismus heute genau ist, lässt sich – im Unterschied etwa zu den von Edmund Silberner identifizierten Positionen der Frühsozialisten bis zu Karl Marx – kaum noch eindeutig benennen. Positionen, die die Juden ob ihres angeblich übermächtigen finanziellen Einflusses oder ihrer Medienmacht angreifen, waren bisher als politische Positionen selten zu finden, scheinen aber in Gestalt nationalneutralistischer und antiamerikanischer Agitation in Deutschland, aber auch Frankreich eine gewisse Renaissance zu erfahren.
2. Linker Antisemitismus scheint sich heute – nach Aussagen empirischer Forscher – vor allem in negativen Haltungen zum Staat Israel, seinen Politiken und Regierungen, sowie zur Geschichte des Zionismus auszudrücken – und zwar so, dass jede Form eines partikularen jüdischen Nationalbewusstseins – verbunden mit dem Wunsch nach einem ethnisch-jüdischen Staat – gegenüber universalistischen und menschenrechtlichen Prinzipien als rückschrittlich eingestuft und politisch kritisiert wird.
3. So war es schon vor Jahren der Antisemitismusforscher Leon Poliakov, der in feindseligen Äußerungen über den Staat Israel eine neue Form des Antisemitismus sah: Israel als „Jude“ der Staatenwelt! Da nun feindselige Äußerungen



gegenüber Staaten und Regierungen beliebiger Länder in liberalen Öffentlichkeiten beinahe selbstverständlich sind, kommt alles darauf an, eindeutige Kriterien für die „Feindseligkeit“ von Aussagen und Behauptungen über den Staat Israel zu entwickeln. Der ehemalige sowjetische Bürgerrechtler und heutige israelische Politiker Nathan Shtaransky hat dazu drei Kriterien vorgeschlagen, die inzwischen vom Simon Wiesenthal Center in Los Angeles und auch von dem EUMC übernommen worden sind:

- a. **Zunächst** die „**Dämonisierung**“: Sie liegt vor, wenn politische Handlungen israelischer Regierungen extrem negativ bewertet werden, etwa wenn israelische Luftangriffe auf Terroristen, bei denen auch Zivilisten sterben, als „Völkermord“ bezeichnet werden;
 - b. **Sodann** der „**Doppelte Standard**“: wenn dem Staat Israel etwas angekreidet wird, was anderswo kritiklos hingenommen wird: wenn etwa die Besiedlung von Teilen der „Westbank“ durch Israel kritisiert wird, ohne zugleich die Annexion Tibets durch China anzuprangern, bzw. wenn aggressive jüdische Siedler als „Fundamentalisten“ bezeichnet werden, ohne dass zugleich islamistische Selbstmordattentäter erwähnt werden.
 - c. **Schließlich** die „**Delegitimation**“: wenn etwa über eine negative Beurteilung der Handlungen israelischer Regierungen zugleich die Existenzberechtigung des Staates in Frage gestellt wird.
4. Allerdings: Unklar bleibt bei diesen Kriterien, ob bei einer des Antisemitismus verdächtigen Äußerung alle drei Kriterien erfüllt sein müssen. Vor allem erweist sich das zweite Kriterium – „Doppelter Standard“ – als untauglich: einfach deshalb, weil es in politischen Auseinandersetzungen, zu denen oftmals negative Bewertungen bestimmter Personen oder Institutionen gehören, unmöglich ist, alle anderen, die ähnlich handeln, aufzuführen. Weitere Fragen wirft vor allem das erste Kriterium auf: gehört zur „Dämonisierung“ die paranoid verschwörungstheoretische Perspektive hinzu? Schließlich ist auch das Kriterium der „Delegitimation“ weniger eindeutig als es auf den ersten Blick scheint: Liegt

also ein judenfeindlicher Fall von „Delegitimation“ vor, wenn etwa die palästinensische Autonomieregierung nur bereit ist, Israel als Staat in den Grenzen von 1967 und nicht als „jüdischen“ Staat anzuerkennen?

5. Auffällig ist, dass diese Debatte heute – jedenfalls in den USA – nicht selten zwischen unterschiedlichen Fraktionen jüdischer Intellektueller vor allem im Rahmen der Universitäten geführt wird. Zu fragen ist dann etwa, ob die weltberühmte Philosophin Judith Butler als „jüdische Antisemitin“ zu qualifizieren ist, weil sie im Rahmen der BDS Kampagne einen Boykott israelischer Waren jedenfalls so lange fordert, bis der israelische Staat entweder das Rückkehrrecht der Palästinenser anerkennt, oder das eigene Rückkehrgesetz, das Juden privilegiert, aufhebt. Ebenfalls des Antisemitismus verdächtig ist die Forderung nach einem Boykott von Waren, die israelische Firmen im völkerrechtlich jedenfalls umstrittenen Westjordanland hergestellt haben. Zuletzt kam die presbyterianische Kirche in den USA in den Verdacht des Antisemitismus, da sie zum Boykott von Firmen aufgerufen hat, die die israelische Siedlungspolitik im Westjordanland unterstützen oder von ihr profitieren.

6. Aus alledem folgt: Der Begriff des „linken Antisemitismus“ ist zu ungenau und zu schillernd, um in der gegenwärtigen Auseinandersetzung um die israelische Siedlungspolitik und der Kritik an ihr sinnvoll gebraucht zu werden. Nicht zu übersehen ist freilich das allmähliche Anwachsen eines zwischen links und rechts oszillierenden Nationalneutralismus, der sich eindeutiger, geradezu antisemitischer Motive bedient und Eingang in die Ränder klassisch linker Parteien findet – während sich Teile des europäischen Rechtspopulismus paradoxerweise als „Philosemiten“ gerieren.



Verteilerhinweis

Diese Druckschrift wird von der Landesregierung Niedersachsen im Rahmen ihrer gesetzlichen Verpflichtung zur Unterrichtung der Öffentlichkeit herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für alle Wahlen.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist auch die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung.

Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl darf die vorliegende Druckschrift nicht so verwendet werden, dass dies als Parteinahme des Herausgebers zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Diese Beschränkungen gelten unabhängig vom Vertriebsweg, also unabhängig davon, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Informationsschrift dem Empfänger zugegangen ist.

Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.

© Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport
Abteilung Verfassungsschutz

www.verfassungsschutz.niedersachsen.de

Herausgeber:
Niedersächsisches Ministerium
für Inneres und Sport
Abteilung Verfassungsschutz
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Büttnerstraße 28, 30165 Hannover
Telefon: 0511 6709-217
Telefax: 0511 6709-394
E-Mail: [oeffentlichkeitsarbeit@
verfassungsschutz.niedersachsen.de](mailto:oeffentlichkeitsarbeit@verfassungsschutz.niedersachsen.de)
Internet: www.verfassungsschutz.niedersachsen.de